

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Willy Strzelewicz

Aktuelle Probleme  
der politischen Bildung

Lutz Köllner

Wirtschaftswissenschaft  
oder „politische Ökonomie“?

Robert L. Heilbroner

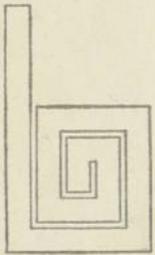
Wachstum und Überleben

B 3/73

20. Januar 1973

Willy Strzelewicz, Dr. phil., Fil. lic., geb. 23. Oktober 1905 in Berlin, Professor für Soziologie an der Päd. Hochschule Niedersachsen, Abt. Hannover, und Honorarprofessor an der Techn. Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: Der Kampf um die Menschenrechte, (Stockholm 1943) 3. deutsche Auflage Frankfurt/M. 1968; Industrialisierung und Demokratisierung der modernen Gesellschaft, Hannover 1958, 3. Aufl. 1970; zusammen mit H. D. Raapke und W. Schulenberg: Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1956, gekürzte Taschenbuchausgabe Stuttgart 1973; als Hrsg.: Das Vorurteil als Bildungsbarriere, Göttingen 1965, 3. Aufl. 1972; Jugend in ihrer freien Zeit, München 1965; Erwachsenenbildung, Soziolog. Materialien, Heidelberg 1968; Bildung und Leistung, in: Cl. Ritters (Hrsg.), Weinheim 1968; Herrschaft ohne Zwang? Systeme und Interpretation der Autorität heute, in: G. Hartfiel (Hrsg.), Kritik I, Köln 1970.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels, Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Paulinus Druckerei, 55 Trier, Fleischstr. 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Lutz Köllner, Diplom-Volkswirt, wissenschaftlicher Oberrat, geb. 1928 in Wernigerode am Harz, studierte Nationalökonomie und Soziologie, war mehrere Jahre in der empirischen Wirtschafts- und Konjunkturforschung tätig.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen u. a.: Marxistische Wirtschaftstheorie und sowjetische Wirtschaftspolitik, Bonn 1965; Der Imperialismus in marxistischer Sicht, Bonn 1965; Von Marx bis Erhard — Propheten und Magier der Wirtschaftspolitik, Velbert 1967; Rüstungsfinanzierung, Frankfurt/M. 1969; Chronik der deutschen Währungspolitik 1871—1971, Frankfurt/M. 1972; Mitarbeit am Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Herders Staatslexikon, Handbuch der Entwicklungspolitik, Handbuch der Außenpolitik. Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufsätze in sozialwissenschaftlich-politischen Zeitschriften.

Robert L. Heilbroner, Professor an der New School for Social Research in New York. Veröffentlichungen u. a.: Between Capitalism and Socialism, The Limits of American Capitalism.

## Aktuelle Probleme der politischen Bildung

Wenn ich hier über gegenwärtige Probleme der politischen Bildung einige Gedanken äußere, so möchte ich doch einige Vorbemerkungen vorausschicken.

Zunächst soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, als seien alle diese Gedanken völlig neu oder als seien sie in der praktischen Wirksamkeit der Bundeszentrale oder auch der Landeszentralen für politische Bildung nicht berücksichtigt worden. Im Gegenteil: Die kurze Zeit, in der ich als Mitglied des Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung die Arbeit habe ein wenig kennen lernen können, hat mir gezeigt, wie viele neue Probleme sie angepackt hat und wie sie in ihrer Arbeit mit den neuen Gegebenheiten Schritt zu halten versucht. Einige von den hier zu formulierenden Gedanken sind also durch die praktische Wirksamkeit z. B. der Bundeszentrale erst angeregt worden oder gehören zum Bestandteil ihrer Praxis. Ich versuche diese Gedanken daher als eine Art Selbstbesinnung zu formulieren.

Zum anderen werden die folgenden Überlegungen im Hinblick auf die besonderen Aufgaben einer staatlichen Organisation auf diesem Felde formuliert. Diese ist gehalten, parteipolitisch — aber nicht politisch — neutral zu sein. Und das bedeutet: sie hat politische

Bildung im Sinne des Grundgesetzes und der Demokratie zu fördern und zu betreiben, und hier nimmt politische Bildung Stellung und veranlaßt sie zur Stellungnahme. Aber indem sie Wertungen und Stellungnahmen zu erkennen gibt und auch veranlassen will, ist sie nicht mit Schulung oder Propaganda zu verwechseln. Sie ist nicht Indoktrination auf dem Hintergrund staatlichen Drucks. Dann hörte sie auf, Bildung im Sinne der Demokratie zu sein.

**Lutz Köllner:**

**Wirtschaftswissenschaft  
oder „politische Ökonomie“? ..... S. 10**

**Robert L. Heilbroner:**

**Wachstum und Überleben ..... S. 28**

Es widerspräche den Wertungen der Demokratie, Bildung in politischer Hinsicht oktroyieren zu wollen, denn damit würde sie zerstört. Die im Sinne der Demokratie betriebene politische Bildung muß kritische Einwände, Argumente und Diskussionen nicht nur zulassen, sondern anregen, wenn sie Bildung und nicht nur Schulung, wenn sie Bildung im Sinne der Demokratie und nicht Schulung im Sinne undemokratischer Regime sein soll und will.

### Kritik“ und „Affirmation“

Ich unterstreiche diesen Gedanken deswegen, weil politische Bildung im Sinne der Demokratie heute häufig in Gefahr steht, defensiv zu sein. Das hängt gewiß mit vielen Faktoren zusammen, die Angelegenheiten der Politik und nicht der politischen Bildung sind. Aber es hängt auch mit Klimaveränderungen gerade unter denen zusammen, die über poli-

tische Bildung nachdenken und in ihr tätig sind oder tätig sein wollen. Unter ihnen ist es üblich geworden, politische Bildung nur dort anzuerkennen, wo sie Kritik fördert. In einem solchen Zusammenhang bin ich einmal mit einer folgenreichen Formulierung konfrontiert worden: Bildungsaktivitäten, die „affirmativ“ seien, könnten nicht als politische Bildung anerkannt werden. Ich will jetzt nicht auf die Auslegung der vor allem von Herbert Marcuse lancierten Vorstellungen von einem affirmativen Kulturverständnis eingehen. Aber in der mit der politischen Bildung direkt zusammen-

---

Zuerst als Vortrag gehalten am 24. November 1972 im Plenarsaal des Bundesrates anläßlich des 20-jährigen Bestehens der Bundeszentrale für politische Bildung.

hängenden Interpretation wird deutlich, welche Konsequenzen dieses Klischee haben kann. Politische Bildung, die sich zu bestimmten Wertungen und damit verbundenen bestehenden Verfahrensweisen, Organisationsformen und Zuständen bekennt oder für sie Stellung nimmt, verfällt dem Verdacht, daß Bestehende insgesamt zu bejahen und ihre kritische Aufgabe zu verfehlen. Eine solche Auffassung von politischer Bildung als Förderung des kritischen Denkens unter Ablehnung jedes Bestehenden, weil es besteht, ist kritisch gegen alles — nur nicht gegen sich selbst. Sonst würde sie erkennen, wie undifferenziert eine solche Darstellung ist und welche Wertungen sie ihrerseits, aber verhüllt und unausge-

sprochen, d. h. dogmatisch, voraussetzt. Demgegenüber wollte ich nur hervorheben: Politische Bildung im Sinne der Demokratie fördert Kritik im Namen der Wertungen, die sie bejaht, zu denen sie also affirmativ steht, und im Rahmen der mit den Wertungen verbundenen Verfahrensweisen, zu denen sie sich bekennt. Das scheint mir die wichtigste Voraussetzung dafür zu sein, daß sich politische Bildung im Sinne der Demokratie und daß sich die Vertreter dieser Demokratieauffassung nicht in die Defensive drängen lassen — auch nicht denen gegenüber, die mit subtilsten Theorien oder groben Vereinfachungen die Demokratie gewollt oder ungewollt diskreditieren.

## Auseinandersetzung mit radikalen Strömungen

Die politische Bildung einer Bundeszentrale im Sinne der Demokratie hat es naheliegenderweise auch immer mit den Auseinandersetzungen mit politischen Radikalismen verschiedener Färbung zu tun gehabt und zu tun. Wir wissen, wie sich die Gewichte im Radikalismus beim Übergang von den fünfziger zu den sechziger und siebziger Jahren verschoben haben.

Diese Veränderung betrifft zahlenmäßig kleine Gruppen in der Intelligenz, unter den Studenten, unter den Akademikern, unter Erwachsenenbildnern, Lehrern — kurz unter denen, die über politische Bildung nachdenken, die sie betreiben oder sich darauf vorbereiten, sie zu betreiben. Und unter ihnen haben einige Theorien und Ideologien ihre Wirkungen getan, ohne die man auch die radikale Protestbewegung unter der jüngeren Generation und den Studenten nicht zureichend verstehen kann. Daran denke ich, wenn ich von der Verschiebung der Gewichte spreche. Ich glaube, es wäre ein Irrtum zu meinen, diese Probleme seien gering, weil sie keine großen Massen erfaßt haben oder weil die offene Konfrontation, die Aktion oder sogar der offene Terror jedenfalls in der Bundesrepublik unterdessen schwächer geworden seien. Auf dem sogenannten linksextremen Flügel ist die offene Konfrontation im Sinne anarchistischer Traditionen sicherlich schwächer geworden; aber an ihre Stelle ist die stillere, langfristig gedachte Konspiration ganz im Sinne offen kommunistischer oder zumindest kommunistoider Traditionen getreten. Darin läge also nur ein geringer oder überhaupt kein Trost.

Die Strömungen haben andererseits auch keine Einwirkungen auf breitere Massen bekommen; aber sie sind gerade unter den jetzigen oder künftigen Multiplikatoren und denjenigen verwurzelt, die in die offiziellen oder inoffiziellen Positionen von „opinion leaders“ kommen können oder werden. Hier muß man also mit Auswirkungen auf längere Sicht rechnen. Dabei kann man sich auf die Dauer nicht damit trösten, daß viele von ihnen einmal saturiert werden und in feste Positionen rücken. Diejenigen, die aus opportunistischer Saturiertheit aufhören radikal zu sein, können nicht als die festesten, ganz und gar nicht als die überzeugendsten Stützen der Demokratie betrachtet werden — im Gegensatz zu denen, die einen Überzeugungs- und Ansichtswandel durchgemacht haben. Sicherlich werden viele, vielleicht die meisten, nicht das bleiben, was sie in ihrem Alter heute sind; aber diesen Prozeß des Wandels bewußt zu beeinflussen, durch systematische und sachliche Auseinandersetzung mit den Theorien und Ideologien, die heute ihre Wirkung tun, voranzutreiben, das halte ich gerade im Hinblick auf eine Institution wie die Bundeszentrale für eine ihrer zentralen Aufgaben und Probleme. Denn sie hat sich mit diesen Multiplikatoren zu beschäftigen, und sie muß daher deren Stimmungen, Tendenzen oder festgeronnenen Ansichten zum Ausgangspunkt ihrer Wirksamkeit machen.

Damit man mich nicht mißversteht: Ich will nicht mit denen verwechselt werden, die im Stile der zwanziger Jahre von Hauptfeinden

von links oder von rechts reden. Wenn ich von den Auseinandersetzungen mit Strömungen und Ideologien spreche, die auch mit den radikalen Protestbewegungen sogenannter linker Färbung zu tun haben, so muß deutlich bleiben, daß sich die Auseinandersetzungen gleichzeitig nach mehreren Seiten richten. Die

Ideologien sogenannter linker Prägung sind heute nur der aktualisierte Ausgangspunkt für notwendige Klarstellungen von Problemen, die mit der Demokratie zusammenhängen und mit denen es politische Bildung im Sinne der Demokratie auf den verschiedensten Flügeln unseres politischen Lebens zu tun hat.

## „Konservative“ und „progressive“ Richtungen in der Demokratie

Ich greife aus diesen mir wichtig erscheinenden Problemen nur noch einige heraus.

Bei vielen, die heute über politische Bildung nachdenken oder sie betreiben, ist es üblich geworden, politische Bildung im Sinne der Demokratie als emanzipatorisch zu bezeichnen. Das hat seine Wurzeln in der Zeit, in der gegen den ständischen Obrigkeitsstaat, für die Demokratie als einer Emanzipation, d. h. als einer Befreiung vieler Bevölkerungsgruppen und Individuen von Unterdrückung, Benachteiligung und autoritärer Herrschaft gekämpft wurde. In diesem Zusammenhang hat das Wort auch einen guten Sinn im Hinblick auf eine politische Bildung in der Demokratie. Es darf aber nicht verdunkeln, daß es im Rahmen der Demokratie verschiedene, auch sogenannte konservative Strömungen gibt und geben kann, die ebenso wie andere das Recht haben, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der politischen Bildung zu Wort zu kommen. Man kann nicht über politische Bildung nachdenken, ohne auch über die politische Situation nachzudenken, in der sie geschieht. Im Hinblick auf diese Situation scheint es mir im Interesse der Demokratie wichtig zu sein, nicht etwa alle Konflikte zu leugnen oder zu beseitigen. Demokratie ist keine harmonische Brüderlichkeit, sondern eine bestimmte Form, mit Konflikten fertig zu werden. Aber das erfordert von der politischen Bildung, zur sachlichen, richtigen Interpretation der Konflikte auch in den Köpfen der streitenden Parteiungen beizutragen und falsch eingekleidete Polarisierungen abzubauen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß — wie gesagt — deutlich bleiben, daß es innerhalb der Demokratie konservative und progressive Strömungen gibt und geben kann. Es hängt mit den besonderen Bedingungen gerade der deutschen Geschichte zusammen, daß diese Einsicht so schwer zu begreifen ist. Die lange, halbfeudale, quasi-ständische und obrigkeits-

staatliche Überformung der deutschen Gesellschaft noch in der Zeit der Industrialisierung hat auch dem Konservatismus der früheren Zeit oft ein antidemokratisches Gepräge gegeben und förderte andererseits die Rezeption eines dogmatisch orthodoxen Marxismus mit teilweise demokratiefeindlichen Zügen. Auf beiden Seiten haben unterdessen tiefgehende Wandlungen stattgefunden. Es gehört zu den großen Aufgaben der politischen Bildung, diesen Wandel im Sinne der Demokratie zu fördern und den Beteiligten zu interpretieren. Und in diesem Sinne muß es im Rahmen der politischen Bildung selbstverständlich sein, sich konservative Richtungen im politischen Bildungsprozeß artikulieren zu lassen, indem sie ihre wertenden Voraussetzungen, die Konsequenzen ihres Denkens und Handelns auch im Zusammenhang mit der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung kritisch zu durchdenken und zu überprüfen lernen. In einem solchen Verständnis hätte auch in dieser Richtung politische Bildung eine vom blinden Autoritätsglauben befreiende und, wenn man so will, emanzipierende Wirkung. Das alles sage ich jetzt auch nicht zuletzt im Hinblick auf die Polarisierung, die die neuere Entwicklung in Deutschland mit sich gebracht hat, die verstehen zu lernen oder abzubauen eine Aufgabe der politischen Bildung im Sinne der Demokratie ist, soweit es sich um den Abbau von ideologischen Fehldeutungen oder Verzerrungen der Konflikte und Kontroversen handelt.

Welche entscheidende Rolle die methodisch-didaktische Seite oder, wie man heute sagt, das Problem von Curricula in der politischen Bildung besonders in diesem Zusammenhang spielt, ist im Hinblick auf Schule oder Erwachsenenbildung unterdessen viel diskutiert und deutlich gemacht worden. Daher brauche ich hier nicht ausführlich darauf einzugehen. Das betrifft auch die Frage nach der Verwendung von audiovisuellen Mitteln und nach der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Medien.

Hier hat die Bundeszentrale durch Vergabe von Forschungsaufträgen und eigene Arbeiten besonders anregend gewirkt.

Ich möchte nur hervorheben, daß die methodisch-didaktischen Erörterungen auch um die wichtige Frage kreisen, wie man die Menschen

im politischen Lernprozeß Elemente der Selbstverwaltung und eigenverantwortlicher Entscheidung bereits erfahren lassen kann. Ohne diese verhaltensbeeinflussende Erfahrung bleibt politische Bildung weitgehend wirkungslos.

## Berufliche und politische Bildung

Wir haben früher von den Multiplikatoren der politischen Bildung gesprochen. Es steht aber wohl außer Frage, daß man an sie auch im Hinblick auf die breiten Gruppen denken muß, mit denen sie im politischen Bildungsprozeß Kontakt aufnehmen. Wie die letzten Wahlen zeigen, sind diese großen Bevölkerungsgruppen in einem für die deutsche Geschichte seltenen Umfang in politische Bewegung geraten. Der Gunst dieser Stunde sollte sich jede politische Bildung bewußt sein und fragen, wie sie die Kontakte mit diesen in Bewegung geratenen Gruppen herbeiführen, erhalten oder vertiefen könne. Die politische Bildung stand und steht immer in der Gefahr, elitär zu werden, da sie sich besonders an denen orientiert, die bereits politisch nachzudenken bereit sind. Das hat eine besonders in der deutschen Bildungsgeschichte entwickelte Differenzierung erneut aktualisiert. Ich meine die Unterscheidung zwischen Bildung, Allgemeinbildung, „höherer“ Bildung auf der einen und Berufsausbildung und Weiterbildung auf der anderen Seite. Heute ist der weitgehend apolitische Zug in der deutschen Bildungsgeschichte zurückgedrängt worden. Die Differenz aber ist geblieben und steht in Gefahr, nur ein neues Gewand anzunehmen: hier die „emanzipierte“ politische Bildung — dort die „techno-

kratische“ leistungsbezogene Berufsausbildung.

Diese Entgegensetzung ist für die Demokratie gefährlich, und sie muß in der politischen Bildung überwunden werden. Hier taucht jedoch das große Problem auf, wie die berufliche Ausbildung und Weiterbildung zu gestalten ist und wie sie öffentlich daraufhin kontrolliert werden kann, daß politische Lernvorgänge in die berufsbezogenen Lernvorgänge als konstitutives Element eingehen.

Hier und vor allem hier — wenn man von der Schule absieht — wird man die breiten Gruppen der Bevölkerung überhaupt erreichen können, mit denen die politische Bildung im Durchschnitt keinen oder nur einen ungenügenden Kontakt hält. Das Problem ist schwierig. Es hat eine politische Seite, weil hierbei massive Interessen aufeinanderstoßen, und auch eine didaktisch methodische Seite. Beide Probleme können nur gelöst werden, wenn Berufsausbildung und Berufsweiterbildung das Erlernen nicht nur von technischen Fertigkeiten, sondern auch von Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge des Berufslebens und nicht nur von Pflichten, sondern auch von Rechten im Arbeitsleben in sich begreifen.

## Politische Klischees

Es ist für die politische Bildung von erstrangiger Wichtigkeit, sich um die Klarheit der Worte und Begriffe zu bemühen, die die politische Landschaft heute konturieren. Das ist keineswegs nur ein terminologisches Problem. Die Bezeichnungen oder Begriffe, mit denen gesellschaftliche und politische Zustände beschrieben, erklärt, gedeutet, angeklagt oder gefordert werden, der Jargon einer Zeit kanalisiert Denkbahnen und Verhaltensweisen,

macht für Probleme hellhörig und verdeckt andere Probleme. Die darin entstehenden Klischees und Stereotypen sind Vorstufen zu Vorurteilsbildungen, in denen nachher eine Revision einer besonderen Sichtweise nicht mehr oder nur noch schwer möglich wird. Politische Bildung hat dem vorzubeugen und diese Begriffe und Bezeichnungen im Interesse distanzierender Klarheit noch im flüssigen Zustand vor der Vorurteilsverhärtung zur Diskussion zu stellen und anzugehen.

Heute ist die politische Debatte von vielen solcher zu Klischees erstarrten Begriffen und Bezeichnungen erfüllt. Ich erinnere nur an einige Stereotypen: hier Kapitalismus, dort Sozialismus, Herrschaft und Repression auf der einen Seite, Emanzipation und antiautoritäres Verhalten auf der anderen Seite, Manipulation, Entfremdung, Ausbeutung, System, Technokratie und wie diese Begriffe alle noch heißen. Nicht daß man ohne solche Bezeichnungen überhaupt auskommen könnte — aber politische Bildung muß versuchen, auf eine klare und optimal eindeutige Verwendung zu drängen, damit das politische Leben nicht in einen Strom gerissen wird, dessen Mündungsgebiete man nicht kennt oder nur zu gut kennt.

Ich nehme als Beispiel nur das Wort Herrschaft. Die moderne Inflation in der Wortverwendung von Herrschaft erinnert an andere Inflationen. Bei vielen erscheint es so, als wollten sie alle Übel dieser Welt in diesem einen Wort zusammenfassen. Sie bezeichnen jede Macht, Führung, Weisungsberechtigung oder steuernde Einflußnahme, jede Autorität als Herrschaft und denunzieren alle diese Erscheinungen als Symbole des Übels.

Das Wort Herrschaft erscheint in vielen Färbungen. Auf der einen Seite in der wissenschaftlichen Definition etwa bei Max Weber als Chance, bei einer bestimmten Menschengruppe für bestimmte Befehle Gehorsam zu finden. Diese Bestimmung ist klar und abgegrenzt, wie es der Wissenschaft angemessen ist. In diesem Sinne hat man auch von der Demokratie als einer besonderen Herrschaftsordnung gesprochen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß bestimmte traditionelle Wortverwendungen von Herrschaft darin kaum vorkommen. Dennoch haben manche Wendungen von Weber auch an Herrschaft als ein Ver-

hältnis von Herr und Knecht, von Herr und Diener, von Herren und Untertanen oder von Herren und Unterdrückten, Herren und Sklaven erinnert. So wird das Wort heute auch von anderen gebraucht. In diesem Gebrauch wird dann Demokratie nur zu einer besonders verhüllenden und trügerischen und insofern diabolischen Form von Herrschaft. So behauptet z. B. Herbert Marcuse, daß, auch bei freier Wahl der Herren, Herren und Sklaven nicht abgeschafft würden. Damit wird die Wahl, d. h. auch die Demokratie, zu einem bloßen Scheingefecht oder zum Feigenblatt für die tatsächlich fortgeführte Herrschaft im Sinne von Herren und Sklaven. Die Behauptung von Marcuse ist als Wirklichkeitserkenntnis absurd: als ob die Grundherren Herren geblieben wären, wenn die von ihnen abhängigen Bauern sie hätten abwählen können — und als ob die herrschenden Gruppen in der Sowjetunion die gleichen Herren blieben, wenn sie sich einer Wahlentscheidung zu unterwerfen hätten. Erweist sich bei genauerem Zusehen die Wirklichkeitsbeschreibung von Marcuse als widersinnig, so macht die Analyse klar, wieso sie die real bestehende demokratische Verfahrensweise als bloßen Schein denunzieren und diskreditieren will. Man kann sich allerdings fragen, ob die Definition von Max Weber nicht auch solche Konsequenzen erleichtert. Das will ich hier nicht weiter erörtern. Die wenigen Bemerkungen dienen nur dem Hinweis, wie sehr es bei der politischen Bildung im Sinne der Demokratie darauf ankommt, auf Klarheit und Eindeutigkeit der Wortverwendung zu drängen, um Aussagen überprüfbar zu machen und Wertungen auf ihre Folgen und Voraussetzungen hin analysieren zu können. Das ließe sich etwa auch an anderen Begriffen wie z. B. dem des Systems, der Technokratie, der Leistungsgesellschaft etc. illustrieren.

## Demokratie-Verständnis

Auch das Demokratieverständnis steht wieder zur Debatte. Wenn Demokratie staatsorganisatorisch als eine Verfahrensweise der Gesetzesstiftung, der Regierungseinsetzung und Kontrolle mit der spezifisch unterscheidenden Merkmalseinheit von Majoritätsentscheidung, politischen Freiheitsrechten und Rechtssicherheit verstanden werden kann, dann ist sie auch mit bestimmten inhaltlichen Wertungen verbunden, die diese Verfahrensweise stützen

und erläutern. Dabei denke ich z. B. an die wertende Bejahung der relativen individuellen Autonomie und Freiheit und der wachsenden Gleichheit in den Chancen, seine Person zu entfalten und an den gesellschaftlich bedeutenden Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Ferner denke ich an die wertende Bejahung der Tendenz, die Nötigung zur staatlichen Gewaltanwendung bei Bewältigung der gesellschaftlichen Konflikte auf ein Minimum her-

abzudrücken. Damit ist dann auch eine wertende Bejahung einer Autoritätsform verbunden, die nicht mehr auf Vorrechten der Geburt, des Besitzes oder eines heilsgeschichtlichen Sendungsbewußtseins, sondern auf dem ausdrücklichen Auftrag aller mündigen Bürger beruht und sich durch eine an diesem Auftrag zu messende Leistung auszuweisen hat. Dadurch werden die Autoritätsträger im Staat auswechselbar und unterstehen der Kontrolle. Das erklärt das Wort von Popper, Demokratie sei die Institution, in der man eine Regierung ohne Gewaltanwendung wieder loswerden könne. Das erläutert aber auch, wieso man Herrschaft enger fassen könnte als heute üblich: z. B. als Monopolisierung der Besetzung von Macht- und Entscheidungspositionen durch besondere soziale Gruppen. Nur solche Gruppen, die das Monopol auf die Be-

setzung von Macht- und Entscheidungspositionen mit Erfolg als „legitim“ behaupten, werden zu „Herren“ im engeren und strengeren Sinne. Das macht andere Gruppen und Schichten der Bevölkerung, denen der Zugang zu diesen und die Kontrolle über solche Positionen verwehrt wird, zu „Untertanen“. Der Prozeß der Demokratie hebt derartige Privilegien schrittweise auf. In diesem Lichte würde Demokratie nicht als Abbau von Macht- und Entscheidungspositionen, doch als Abbau von Herrschaft im engeren Sinne anzusehen sein.

Dann jedoch kann Demokratie nicht mehr auf staatliche Organisation beschränkt gedacht, sondern muß auch mit Veränderungen der Autoritätsstruktur in anderen Bereichen der Gesellschaft, z. B. der Industrieorganisation oder des Bildungswesens, in Zusammenhang gebracht werden.

## Eigentumsdoktrin

Daß dieser größere Zusammenhang auf der Tagesordnung steht, sieht man an sehr aktuellen Auseinandersetzungen um viele wirtschafts- oder bildungspolitische Fragen, aber am deutlichsten an der Rolle der sogenannten Eigentumsdoktrin. Ich meine damit die Tendenz, Eigentumsformen als primär unterscheidende Merkmale verschiedener gesellschaftlicher Ordnungen anzusehen.

Diese Doktrin hat zwei sehr verschieden gerichtete Gruppen von Anhängern. Die einen machen das Privateigentum auch als Verfügungsgewalt über riesige Produktionsorganisationen zu einem fast heiligen Bereich, die anderen zur Quelle des radikal Bösen. Die einen sehen darin die Voraussetzung für die parlamentarische Demokratie, die anderen das stärkste Hindernis für Demokratisierung im Sinne wachsender Chancengleichheit. Beide vernachlässigen dabei verschiedene Funktionen im Eigentumsbereich und vereinfachen oder verkürzen sozialhistorisch und soziologisch vergleichende Einsichten.

Hitler zerstörte die parlamentarische Demokratie, ohne das Privateigentum aufzuheben, und in Rußland war die staatswirtschaftliche Industrialisierung nicht die Voraussetzung, sondern geschah als Folge der Ein-Partei-Diktatur. Andererseits lehrt die über 50jährige Geschichte der Sowjetunion und das große Panorama zwischen Peking und Eisenach, daß

Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln bestimmte soziale Privilegien beseitigen, aber auch andere an ihrer Stelle entwickeln kann. Hier ist auf staatswissenschaftlicher Grundlage die Bürokratie der Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparate zur herrschenden Schicht der Gesellschaft geworden. Außerdem muß eine solche Aufhebung des Privateigentums keine Chancengleichheit im Bildungswesen oder in der Teilnahme an Entscheidungsprozessen realisieren. Man kann also den Satz wagen, daß in der Sowjetunion z. B. die Arbeitnehmerschaft weniger Einfluß auf wichtige gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Entscheidungen ihres Landes hat als in manchen westlichen Ländern bei Fortbestand des Privateigentums, aber mit Demokratie.

Unter diesem Gesichtspunkt scheint es mir auch falsch zu sein, die Differenz zwischen West und Ost auf den Nenner Kapitalismus—Sozialismus zu bringen. Gemessen an den Vorstellungen von Kapitalismus und Sozialismus noch aus dem vorigen Jahrhundert kann man die privatwirtschaftlichen Verhältnisse im Westen oder die staatswirtschaftlichen Ordnungen im Osten nur noch verzerrend mit solchen Worten wie Kapitalismus oder Sozialismus bezeichnen. Es handelt sich hier vielmehr um zwei Variationen der industriellen Gesellschaft. Sekundär spielen dabei auch Verschie-

denheiten in den sogenannten Eigentumsverhältnissen eine Rolle. Aber primär ist der Bestand oder das Fehlen eines parlamentarisch demokratischen Rechtsstaates der für die weitere Zukunft kardinale Unterschied, denn ohne diese Art der Demokratie ist auch jede weitere Demokratisierung ein hölzernes Eisen.

Es muß beunruhigen, daß die fehlerhafte Charakterisierung der Unterschiede zwischen Ost und West nunmehr auch die Polarisierung innerhalb der bundesrepublikanischen Debatte zu prägen begonnen hat. Die Beunruhigung wird dadurch nicht gemildert, daß aus dieser irreführenden ideologischen Verpackung der Kontroverse sehr divergierende Interessengruppen Nutzen ziehen. Man kann vielleicht formulieren, daß die sonst so sehr divergierenden Anhänger der Eigentumsdoktrin eines gemeinsam haben: sie machen die Entscheidung darüber, ob, wann und wie die Demokratie möglich und wünschenswert sei, von dem Bestand oder von der Aufhebung des Privateigentums abhängig. Von der wertenden Entscheidung für die Demokratie und von der nüchternen Analyse der Realität her aber sollte die Fragestellung umgekehrt werden: ob, wann und wie Privateigentumsformen erhalten, eingeschränkt oder aufgehoben werden, ist unter dem Aspekt zu entscheiden, ob, wann und wie Demokratie dadurch erhalten, gefestigt und vertieft werden kann.

Das bezeichnet in der gesellschaftlichen Realität eine sehr differenzierte, aber nichtsdestoweniger zentrale Angelegenheit. Aber deswegen ist sie auch ein kardinaler Gegenstand jeder politischen Bildung im Sinne der Demokratie. Eine klärende Diskussion dieses Fragenkomplexes ist um so wichtiger, als bei vielen Angehörigen der jungen Generation in der westlichen Welt der Verdacht verbreitet ist, daß man von Demokratie rede, aber das private Eigentum meine. Dieser Verdacht wird durch die irreführende Interpretation der Alternative in unserer gesellschaftlichen Entwicklung noch genährt und gestützt. Hierbei geht es um eine sozialhistorische Einsicht, aber auch um die Glaubwürdigkeit der Demokratie als eines historischen Weges, mit sozialen Konflikten fertig zu werden und soziale Veränderungen durchzuführen. Auf längere Sicht gesehen wird von der richtigen Einsicht und der Glaubwürdigkeit der Bestand der Demokratie abhängen. In jedem Falle aber entscheidet sich daran schon jetzt, ob und wie politische Bildung im Sinne der Demokratie in innen- und außenpolitischen Fragen offensiv betrieben wird und betrieben werden kann, um auf diese Weise der Aufgabe zu genügen, die man ihr gestellt hat: den Gefahren zu wehren und die Chancen für die humanistische Idee und Wirklichkeit einer Demokratie als Staats- und Lebensform zu nutzen.

# Wirtschaftswissenschaft oder „politische Ökonomie“?

## I. Zur Begriffsgeschichte der politischen Ökonomie

Der Begriff politische Ökonomie geht in Deutschland auf Friedrich List zurück, der ‚politische Ökonomie‘ freilich im Gegensatz zur kosmopolitisch eingefärbten englischen Ökonomie betont national verstanden wissen wollte<sup>1)</sup>. Die besonderen ökologischen, wissenschaftsgeschichtlichen oder soziologischen Gründe, die zum Begriff ‚politische Ökonomie‘ geführt haben, können hier nicht im einzelnen dargelegt werden. Im Wechselspiel zwischen nationalstaatlichem Denken und weltbürgerlicher Gesinnung haben sich verschiedene Formen im 19. Jahrhundert für das herausgebildet, was neutraler in Deutschland heute ‚Wirtschaftswissenschaft‘ und in der angelsächsischen Welt ‚Economics‘ oder ‚Economic Science‘ genannt wird.

In England standen bei der Entwicklung ökonomischen Denkens verständlicherweise außenhandelstheoretische Überlegungen im Vordergrund, die in Deutschland immer einen minderen Platz eingenommen haben. Sie wurden seit Ricardo in jenem charakteristischen Stil von utilitaristischer Gesellschaftsphilosophie und individueller Nutzentheorie entwickelt, die die englische ökonomische Denkweise seit jeher auszeichnet. Die Annahme, individueller und sozialer Nutzen falle in der Regel zusammen, entließ diese Art ökonomischen Denkens aber nicht aus dem Spannungsfeld zwischen individuellen und gesellschaftlichen Ansprüchen. Gewiß nicht von ungefähr hat sich gerade in England in unserer Zeit denn auch eine Gegenströmung bemerkbar gemacht, die die sozialen Bezüge stärker betont und die Theorie der ‚social costs‘, die ‚cost-benefit-analysis‘, die ‚welfare-economic‘ u. ä. hervorgebracht hat. Für die staatsphilosophisch und staatsrechtlich denkenden Franzosen (man denke an Kameralistik, den Trésor, die Planification usw.) war in Fragen der Ökonomie die Identität zwischen individuellen und sozialen Ansprüchen und

deren Befriedigung keineswegs immer gegeben, und sie haben aus der Notwendigkeit, daß der Staat als übergeordnete Instanz eine Rolle spiele, selten einen Hehl gemacht.

Friedrich List hat den Begriff ‚politische Ökonomie‘ insofern eingeengt, als er das nationale Moment besonders betonte, entsprechend seinem Denken, das nicht auf ein kosmopolitisch-ökonomisches Philosophieren gerichtet war, sondern auf eine Ökonomie, die analytisch und wirtschaftspolitisch umgesetzt dem Werk der nationalen Einigung dienen sollte.

### Inhalt

- I. Zur Begriffsgeschichte der politischen Ökonomie
- II. Einige Gründe der Marx-Renaissance — Schwierigkeiten des Marx-Verständnisses heute
- III. Ideologieverdacht und Rationalität
- IV. Zu einigen zentralen Gegenständen der politischen Ökonomie
- V. Der Beitrag der neuen Systemtheorie

Für Marx und Engels war der Begriff ‚politische Ökonomie‘ sowohl einfacher als auch spezifischer zu verstehen. Da die vorherrschende Gesellschaft die bürgerliche sei, könne politische Ökonomie nur eine Analyse und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und der von ihr entwickelten Theorien sein. Hinzu kommt die Verknüpfung von ökonomischer Analyse und naturwissenschaftlicher Gesetzesgläubigkeit, die Marx davon sprechen läßt, er habe die unumstößlichen Gesetze der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft entdeckt. Die wissenschaftsgeschichtlichen Gründe für diese Verbindung brauchen hier nicht dargestellt zu werden. Entscheidend bleibt die Marx'sche Absicht, mit der Analyse des Privateigentums bürgerlicher Prägung den von Industrialisierung und wirtschaftlichem Entwicklungsprozeß Benachteiligten, dem Proletariat, eine Waffe in die Hand zu geben, um

<sup>1)</sup> F. List, Das natürliche System der politischen Ökonomie, Neuauflage Berlin 1961.

ihre Klassenlage zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Absicht wird auch heute noch von den Vertretern der neomarxistischen politischen Ökonomie vertreten.

Kein Ökonom mit einigen wirtschaftshistorischen Kenntnissen wird die von Engels erschütternd geschilderte Lage der arbeitenden Klasse in England bezweifeln oder übergehen wollen. Das Elend und die Not der industriellen Frühzeit waren ungeheuerlich, die Einkommensunterschiede grotesk. Aber dieser Sachverhalt hat nicht nur eine faktische, sondern auch eine methodologische Seite. Man darf sagen, daß das, was als ‚politische Ökonomie‘ von Marx und Engels angeboten wurde, nichts anderes war als eine eklektische Beschreibung und Analyse des frühindustriellen Wirtschaftsprozesses, mit dem Anspruch, daraus alleingültige ökonomische Einsichten ableiten zu können. Aus dieser Haltung resultierte folgerichtig, daß jede abweichende Meinung, jede wertfreie und gesellschaftspolitisch neutrale ökonomische Aussage als ‚ideologisch‘ abgetan wurde. Wohl gemerkt, es geht nicht darum zu behaupten, es habe keine bürgerliche Ideologisierung der ökonomischen Theorie gegeben. Es hat sie gegeben, und es gibt sie auch heute noch (man denke an den Mißbrauch ökonomischer Interessengruppen

mit den Worten ‚soziale Marktwirtschaft‘ oder ‚konzertierte Aktion‘). Es geht hier darum, daran zu erinnern, daß Marx jede nicht seinen Gedankengängen folgende ökonomisch-politische Analyse als ideologische Verbrämung bürgerlicher Interessen bezeichnete, worin ihm die Neomarxisten bis heute folgen.

Im Bereich der sogenannten bürgerlichen Ökonomie ist zu einer älteren Gruppe von Wissenschaftlern, die in Deutschland schon immer von politischer Ökonomie gesprochen haben<sup>2)</sup>, in jüngerer Zeit eine neue Gruppe „politischer Ökonomen“ hinzugetreten<sup>3)</sup>. Diese jüngere Gruppe muß unterschieden werden nach solchen Autoren, die offen oder versteckt die orthodoxe marxistische Ökonomie anbieten, und solchen, die sich von politischer Ökonomie eine neue Form interdisziplinären gesellschaftswissenschaftlichen Denkens versprechen und die eine wissenschaftstheoretische und methodische Öffnung anstreben, um zur Entideologisierung der Wirtschaftswissenschaften beizutragen und um einen umfassenden Erkenntniszuwachs bei der Gesellschaftsanalyse zu gewinnen<sup>4)</sup>. Daß daneben eine Reihe von Mitläufern mancher Art reflektierende und kritische Alltagsbetrachtung als ‚neue politische Ökonomie‘ deklarieren, braucht hier nur am Rande zu interessieren.

## II. Einige Gründe der Marx-Renaissance — Schwierigkeiten des Marx-Verständnisses heute

Wer noch am Ende der 50er Jahre eine ebenso kraftvolle wie phosphoreszierende Belebung des Marxismus in der Bundesrepublik vorausgesagt hätte, wäre gewiß als der bekannte

Prophet, der im eigenen Lande nichts gilt, behandelt worden. Wer darüber hinaus vorausgesagt hätte, daß neben der fachwissenschaft-

<sup>2)</sup> Von den Autoren der älteren politischen Ökonomie in Deutschland seien ausdrücklich noch genannt: H. Albert, *Ökonomische Ideologie und politische Theorie*, Göttingen 1954; F. Lenz, *Politische Ökonomie in unserer Zeit*, Tübingen 1958; H. Peter, *Einführung in die politische Ökonomie*, Stuttgart-Köln 1950; E. Preiser, *Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert*. Ein Standardwerk politisch-ökonomischen Denkens in England wurde J. M. Meade, *Principles of political Economy*, London 1968. Für die DDR: F. Behrens, *Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik*, Berlin-Ost 1962. Hingewiesen sei auch auf die deutsche Übersetzung von David Ricardo, *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, Berlin 1959. E. Salins *Politische Ökonomie* war zunächst als Theoriengeschichte der Nationalökonomie mit stark staatsphilosophischen Bezügen entworfen worden. Die 5. Auflage seines Buches heißt: *Politische Ökonomie. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart*, Tübingen-Zürich 1967. Die genannten Veröffentlichungen, mit

Ausnahme der von Behrens, begreifen politische Ökonomie aus dem Raum der älteren Staatsrechtslehre oder der allgemeinen Staatswissenschaften, während die deutsche politische Soziologie und Wissenschaft von der Politik ein erkennbar distanzierendes Verhältnis zur Ökonomie hatte. Vgl. E. Liefmann-Keil, *Einführung in die politische Ökonomie*, Freiburg-Basel-Wien 1964.

<sup>3)</sup> Von neueren Arbeiten zur Kritik der politischen Ökonomie aus neu-marxistischer Sicht nennen wir ausdrücklich: A. Lemnitz und H. Schäfer, *Politische Ökonomie des Kapitalismus — Einführung*, Frankfurt/M. 1972; Marx-Arbeitsgruppe Historiker, *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, Frankfurt/M. 1972; M. Wirth, *Kapitalismustheorie in der DDR*, Frankfurt/M. 1972; A. Sohn-Rethel, *Warenform und Denkform*, Frankfurt/M. 1971; P. Mattik, *Kapitalistischer Reproduktionsprozeß und Klassenbewußtsein*, Offenbach 1972; E. Mandel, *Theorie des Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1972.

<sup>4)</sup> Hierzu auch: H. Vetter, *Politische Ökonomie, Kapitalismuskritik ohne Marxismus?*, in: *Der Volkswirt/Wirtschaftswoche*, Frankfurt/M. 1971/72.

lichen vor allem die bildungspolitische Diskussion von einer kleinen, aber wirksamen agierenden marxistischen Minderheitsgruppe mitbestimmt werden würde, dem wäre man gewiß mit zweifelndem Lächeln begegnet. Und doch haben Marx-Renaissance und leninistische Taktik das Bild der Hochschulpolitik des abgelaufenen Jahrzehnts in einer Weise mehrfach eingefärbt, die es dem heutigen Betrachter der bildungspolitischen Arena schwer werden läßt, die vielen Strömungen noch voneinander zu unterscheiden.

Welche tieferen sozialen Mechanismen die deutsche Bildungsreform auch in Gang gesetzt haben mögen — die wirtschaftliche Wohlstandsgesellschaft, soziales Aufstiegsstreben breiter mittelständischer Schichten, ein tatsächlicher oder nur suggerierter Kampf um eine angemessene Zahl von Arbeiterkindern an den Hochschulen oder ein allgemeiner Wandel des politischen Klimas —, das Wiedererwachen des Marxismus in seiner Dimension als kritische politische Ökonomie gehört zu dieser Entwicklung. Diese Wiederbelebung ist um so erstaunlicher, als sie sich als ein autonomer Prozeß mit starker Eigenbeschleunigung darstellt, der offensichtlich nicht aus der DDR gesteuert wurde. Der Vorgang selbst hat oft genug die Grenzen einer rationalen Diskussion hinter sich gelassen. Woran liegt das?

Offensichtlich besitzt die Wiederbelebung von Marxismus und kapitalistischer politischer Ökonomie auch einen sozialpsychologischen Stellenwert. Als Heilslehre für Unterdrückte wurde der Marxismus schon immer verstanden. So zeigt es sich denn auch, daß neben der sachlichen Kritik die ‚bürgerliche Ökonomie‘ als Projektionsobjekt verschiedener, mehr emotionaler Haltungen erhalten mußte. Viele Befürworter marxistischen ökonomischen Denkens bewegt heute weit weniger eine weiterführende wissenschaftliche Diskussion als vielmehr der Versuch, einen einer Kritik entzogenen Bezugspunkt als archimedischen Standort inmitten von Wissenschafts- und Methodenpluralismus zu suchen, von dem aus gleichzeitig ein klärender Blick in die Vergangenheit und eine Vorausschau in die Zukunft möglich ist. Ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg hat die marxistische Ökonomie unter Intellektuellen neue Anhängergruppen gefunden, was deshalb — auf den ersten Blick jedenfalls — überraschend ist, als wir heute über mehr und andere Erfahrungen mit marxistisch-sozialistischen Wirtschaftsexperimen-

ten verfügen als vor 50 Jahren. Welchen Einflüssen die Wellenbewegungen des Interesses an Marx und dem Marxismus, an allgemeiner Gesellschaftskritik oder politischer Ökonomie auch immer gehorchen mögen, die emotionale Glaubensbeimischung bei der Rezeption ist, besonders unter Jüngeren, deutlich erkennbar. Auswahl, Gewicht und Subtilität der vorgetragenen neu-marxistischen Argumente werden davon bestimmt.

Wie verschieden man nun das Antlitz des Neomarxismus in der Bundesrepublik auch zeichnen mag, eine kritische Auseinandersetzung mit dem, was als politische Ökonomie angeboten wird, erscheint dringend erforderlich. Andernfalls kämen den mit viel Eifer vorgetragenen Argumenten ihrer Anhänger Gewichte zu, die sie nicht verdienen.

Wir müssen dabei zunächst unterscheiden zwischen einer Weiterentwicklung des Marxismus in philosophisch-geistesgeschichtlicher Tradition (einschließlich der Wissenschaftstheorie) und jener Form marxistischer politischer Ökonomie, die weniger den Ausbau des Marx-Engels'schen Lehrsystems vor Augen hat, als eine generelle Gesellschaftskritik auf der Basis einer unbestimmten Unzufriedenheit mit ‚herrschenden Verhältnissen‘. Diese, ebenso jugendsoziologisch wie sozialpsychologisch bemerkenswerte Einstellung führt dazu, daß nach einem möglichst geschlossenen System Ausschau gehalten wird. Es liegt auf der Hand, daß hier die Quelle vieler Mißverständnisse und Fehldeutungen liegt und daß auf diesem Wege neue Erkenntnisfortschritte kaum zu erwarten sind.

Außerhalb der Bundesrepublik hat es seit 1945 im Westen immer eine Marxismus-Diskussion gegeben<sup>5)</sup>. Spätwirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft, des verlorenen Krieges, Nachwirkungen der bolschewistischen Herrschaft sowie Existenznöte und die Erfolge des wirtschaftlichen Aufschwunges seit 1948 hatten

<sup>5)</sup> Für französische Verhältnisse vgl. das Nachwort zu H. Lefebvre, Probleme des Marxismus heute, Frankfurt/M. 1965; ferner vom Verfasser, Zwischen Dogma und Tabu, Marxismusdiskussion in beiden Teilen Deutschlands, in: Deutsche Studien, Bremen 1965. Gelegentlich wird auch R. Dutschke als Vertreter des Neo-Marxismus in der Bundesrepublik genannt. Damit ist der Bogen zweifellos überspannt, da Dutschke bisher nicht mehr als seine rezeptiven Kenntnisse über R. Luxemburg oder R. Hilferding und einige syndikalistisch-frühsozialistische Vorschläge anbot.

bei uns einen gewissen Nachholbedarf aufgestaut, der entsprechend vielfältig in Erscheinung trat. Die Schwierigkeiten, Anfang der 70er Jahre eine Umrisskizze auch nur der ökonomischen Marx-Diskussion und der politischen Ökonomie zu zeichnen, sind daher nicht gering. Die Vielgestaltigkeit marxistischer Lehrmeinungen — nicht zuletzt von ihrem Begründer im Keime angelegt<sup>6)</sup> — hat auch zu einer Vielzahl marxistischer politischer Positionen geführt<sup>7)</sup>.

Es fällt auf, daß studentischer Protest und Wiederbelebung des Marxismus sich mischen, was jene Symbiose von Emotion und Intellekt fördert, die viele Diskussionen kennzeichnet. Dabei blieb — wie vor hundert Jahren — der Marxismus, in welchem Gewand er auch daher kommt, ein Erzeugnis und Gesprächsobjekt mittlerer und gehobener Schichten. Wie immer man Arbeiterschaft auch definieren mag, sie hatte auch diesmal keinen entscheidenden Anteil an der Diskussion und die Zahl derjenigen marxistischen Theoretiker mehrt sich, die kritisch fragen, ob denn überhaupt der Marxsche Industriearbeiter seine Rolle im Transformationsprozeß der Gesellschaft noch werde übernehmen können.

Soweit die Marxismus-Renaissance lediglich eine Rezeption marxistisch-revisionistischer Theoretiker aus der Zeit der zwanziger Jahre ist, braucht sie sachlich nicht noch einmal diskutiert zu werden. Hier liegen vor allem individual- und sozialpsychologische Identifikationsphänomene vor. Die neuerliche Marxismus-Diskussion findet nicht mehr wie vor 40 oder 50 Jahren in der Atmosphäre von Hinterzimmern oder naiver politischer Arbeiterbildung statt. Sie bedarf daher erhöhter Aufmerksamkeit. Soweit man sie von ihren emotionalen Beimischungen befreit, stößt man auf einen ernst zu nehmenden intellektuellen Kern. Das zu betonen scheint wichtig. Denn gerade in der Bundesrepublik hat man die marxistische Ökonomie lange Zeit, wohl überwiegend aus unbestimmbaren emotionalen Gründen, gering

geachtet. Anspruchsvolle Marxisten blieben Außenseiter im Wissenschaftsbetrieb. Das Erlebnis des Krieges gegen Rußland hat Spuren hinterlassen; eine weitverbreitete Ablehnung gegenüber allem, was ‚aus dem Osten‘ kam, mag selbst im Wissenschaftsbetrieb eine Rolle gespielt haben. Ein mangelndes oder nur geringes Marx-Verständnis wurde vorschnell mit dem Blick auf die untereinander zerstrittenen Schulen des Marxismus entschuldigt. Wie immer man aber auch die Tabuisierung des Marxismus erklären mag, die er seit Jahrzehnten im deutschen Bildungsbürgertum erfuhr, auffälligerweise wuchs bei uns das Interesse an der wahrhaft titanischen Gesamtschau sozialer Lebensprozesse im Stadium einer hochentwickelten Industriegesellschaft. Dies geschah übrigens zu einer Zeit, als auch aus der angelsächsischen Welt, also aus der „bürgerlichen“ Wirtschaftswissenschaft, umfassendere ökonomische Vorstellungen — etwa die von den ‚sozialen Kosten‘ oder den gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Vergleichen — mit einiger Verspätung Eingang in deutsches sozialökonomisches Denken fanden.

Will man Stellenwert und Gewicht der marxistischen politischen Ökonomie und der nicht-marxistischen Ökonomie erkennen, so muß man sich der *Schwierigkeiten* bewußt sein, die heute, 100 Jahre nach Erscheinen des ‚Kapital‘, einem Marx-Verständnis entgegenstehen. Diese Schwierigkeiten liegen vor allem in den folgenden Punkten<sup>8)</sup>, auf die hier nur kurz eingegangen werden kann.

1. Marx tritt gleichzeitig als Philosoph, Nationalökonom, Soziologe und als Prophet auf. Als Philosoph vertritt er einen Materialismus<sup>9)</sup>, der in den Thesen vom historisch determinierten Ablauf des Privatkapitalismus und dessen dialektischem Umschlagen in den Sozialismus-Kommunismus gipfelt. Als Nationalökonom richtet er sich kritisch gegen die herrschende englische Ökonomie, und als Soziologe bietet er ein einfaches Zwei-Sektoren-Modell an: die Klassengesellschaft von Besitzenden und Besitzlosen, ökonomisch Mächtigen und ökonomisch Ohnmächtigen. Als Prophet wendet er sich an alle, die sich in irgendeiner Form ausgebeutet, verletzt oder sozial falsch bewertet fühlen. Offensichtlich beruht ein beträchtlicher Teil der Faszination des

<sup>6)</sup> Und auch Ausdruck der wissenschaftsorganisatorischen Situation, der sich Marx gegenüber sah. Hierzu: H. J. Krysmanski, *Soziales System und Wissenschaft. Zur Frage wissenschaftlichen Außenseitertums*, Gütersloh 1972; W. Euchner, *Marxistische Positionen und Studentenunruhen in der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/68 v. 4. 9. 1968.

<sup>7)</sup> E. Kauder, *The intellectual sources of Karl Marx*, in: *Kyklos* 1970; *Marx und die Revolution*, Frankfurt/M. 1970; U. Boehnisch u. a., *Marx zur Ansicht*, Hamburg 1972.

<sup>8)</sup> Einen Überblick über Hauptprobleme bietet: W. Euchner, A. Schmidt (Hrsg.), *Kritik der politischen Ökonomie heute*, Frankfurt/M. 1967.

<sup>9)</sup> J. A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, München 1950.

Marxschen Systems darauf, daß jeder Mensch zu irgendeiner Zeit derartige Gefühle erlebt. Nicht zuletzt kommt die Anziehungskraft der marxistischen politischen Ökonomie daher, daß ein eklektisches System auf einen eklektischen Menschen trifft, der sich an irgendeiner Stelle von Marx sinnvoll interpretiert fühlen muß. (Zwar lehnt gerade die marxistische politische Ökonomie die Sozialpsychologie ab, aber es besteht kein Zweifel, daß Marx ein Sozialpsychologe war.) Als Prophet, meint Schumpeter, sah er weit über die kleinbürgerlichen Aufstiegs- und Anpassungsbestrebungen der Arbeiter hinweg. Er verband soziale Klassentheorie mit ökonomischer Entwicklungslehre. „Wenn der Klassenkampf“, schreibt Schumpeter, „das Hauptthema der Geschichte und auch das Mittel zur Herbeiführung der sozialistischen Morgenröte war, und wenn es nur gerade diese zwei Klassen geben durfte, dann mußte ihre Beziehung grundsätzlich antagonistisch sein, oder sonst wäre die Triebkraft in seinem System der sozialen Dynamik verlorengegangen“.

2. Das Verhältnis zwischen Marx'scher Philosophie und Ökonomie war Schwankungen ausgesetzt und das Gewicht beider Elemente unterschiedlich<sup>10)</sup>. Mit dem Regreß auf die Philosophie setzte Marx eine von vielen englischen Ökonomen praktizierte Übung fort, wobei sein lebenslanger Widerpart, Hegel, nicht nur seine philosophische Position, sondern auch seine Sicht auf das Verhältnis von Philosophie und Ökonomie bestimmte. Mag die früher übliche Unterscheidung in einen „frühen“ und einen „späten“ Marx auch für unsere Darstellung verzichtbar sein, so dürfte doch, vollends seit Auffinden der „Pariser Manuskripte“ in den 30er Jahren, sicher sein, daß philosophischen und ökonomischen Reflexionen im Zuge der Ausarbeitung des Systems wechselnde Gewichte zugekommen sind. Dies entspricht dem Werdegang jeder

<sup>10)</sup> Hierzu u. a.: M. Friedrich, Philosophie und Ökonomie beim jungen Marx, Frankfurt/M. 1959; R. Rosdolski, Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen Kapitals, Frankfurt/M., 1968. Aus neuerer Zeit: Walter Euchner und Alfred Schmidt (Herausgeber), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre Kapital, Frankfurt/M.-Wien 1967; der Band enthält u. a. einen Beitrag von Nicos Poulantzas, Theorie und Geschichte. Kurze Bemerkungen über den Gegenstand des Kapitals. Hier finden sich Ansätze für eine systemtheoretische Formulierung des Marxismus. Vgl. auch L. Köllner, Marx im Zeitalter der Sicherheit, und: Was blieb von dem Jahrhundertbuch, in: Die Welt, vom 14. 12. 1963 und 16. 9. 1967.

größeren geistigen Arbeit und verdiente keiner weiteren Erwähnung, wenn sich nicht beachtliche Konsequenzen für die Marx-Interpretation daraus ergeben hätten. Denn je nach der Qualität der Beweise berufen sich seine Anhänger entweder auf den philosophischen Marx oder sie zitieren den ökonomischen Marx. Ein totales Marx-Verständnis ist ein mühevolleres Unterfangen, dem sich vor allem diejenigen nur ungern unterziehen, die Marx als Inbegriff privatkapitalistischer Kritik begreifen, ohne sich von Einzelheiten der wissenschaftlichen Analyse des Marxismus beunruhigen lassen zu wollen. Insofern teilt Marx das Schicksal spiritueller Charismatiker, mit denen man sich identifiziert, ohne sich mit allen Konsequenzen in das verästelte Flechtwerk ihres Denkens hineinstellen zu wollen.

3. Stellt das unterschiedliche Gewicht philosophischer und ökonomischer Reflexionen bei Karl Marx bereits eine allgemeine Erschwerung für eine systemgerechte Analyse seines Werkes dar, so führt die Verbindung zwischen dialektischer Methode und Sachaussage zu weiteren Schwierigkeiten. Mit Recht hat M. Friedrich darauf hingewiesen, daß die methodische und die Sachdiskussion bei der Marx-Interpretation zeitweise stark auseinandergefallen sind. Philosophen betrachten die Ökonomie als mitgeliefertes Beispiel Marx'scher Dialektik, während die Ökonomen dazu neigen, die methodischen Bezüge als mehr oder weniger lästiges Beiwerk einer „reinen“ Ökonomie zu begreifen. Daß dies so ist, läßt sich auf den Schöpfer des Systems selbst zurückführen, dessen methodische Sauberkeit keineswegs in allen Werk- und Lebensabschnitten gleichbleibend überzeugend war. So richtet sich ein Teil der methodischen Einwände gegen das schwankende Gewicht, das Theorie und Empirie bei ihm einnehmen. Vereinfacht läßt sich das dahingehend zusammenfassen, daß Marx aus der Beobachtung des frühindustriellen englischen Kapitalismus nicht immer mit der erforderlichen Differenzierung auf den weiteren Industrialisierungsprozeß geschlossen hat. Hier liegt die Quelle für die Möglichkeit historisch-empirischer Gegenbeispiele zur Marx'schen Wirtschaftsprognostik.

4. Die Theoriengeschichte der Ökonomie hat verschiedene Schulen hervorgebracht, die ein Ergebnis unterschiedlicher Wissenschaftsauffassungen und Methoden sind. Das führte notwendigerweise zu einer Vielzahl von Marx-Interpretationen, die dem Unbefangenen Verständnisschwierigkeiten bereiten müssen. Der

traditionellen Marx-Kritikern hat man von marxistischer Seite oft vorgeworfen, sie seien unfähig, den totalen Sinnaustausch der Marx'schen ökonomischen Theorien (gegenüber der englischen ‚klassischen Nationalökonomie‘ und deren Fortentwicklung) überhaupt zu verstehen. Dem muß beim heutigen Stande wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlicher Forschung die Frage entgegengehalten werden, worin der wissenschaftliche und soziale Nutzen eines derartigen totalen Sinnaustausches überhaupt noch zu suchen sei. Dabei wird deutlich, daß weite Abschnitte der Marx'schen Ökonomie nur noch theoriengeschichtlichen Wert haben, während von anderen Teilen Denkanstöße bis in unsere Tage ausgehen.

5. Nur ein Teil der marxistischen politischen Ökonomie bietet sich als Kapitalismuskritik dar. Ein anderer Teil ist der sozialistischen Ökonomie gewidmet, die Marx freilich nur in wenigen Zügen skizziert hat, weshalb verschiedene marxistische Schulen entstehen konnten. Zwar entspricht die Unterscheidung in kapitalismuskritische und sozialistische marxistische Ökonomie nicht der vom Marxismus vertretenen Einheit des Denkens, doch hat die historisch-gesellschaftliche Entwicklung des Marxismus als gesellschaftlicher Kraft diese Zweiteilung der marxistischen politischen Ökonomie unvermeidbar gemacht, da die das ‚absterbende‘ kapitalistische System ersetzende neue Ordnung ebenfalls einer ökonomiekritischen Reflexion bedarf.

### III. Ideologieverdacht und Rationalität

Die politische Ökonomie, wie sie von anspruchsvollen Neu-Marxisten vertreten wird, nähert sich methodisch jenen Verfahren, die man als operationelle Ökonomie zu bezeichnen pflegt. *Gesellschaftliches Leben* wird von operationalen Ökonomen von vorneherein als ein *gestaltbarer Prozeß* angesehen. Dieser Vergleich endet jedoch schnell. Denn die ‚klassischen‘ Vertreter einer neu-marxistischen politischen Ökonomie, wie Ernest Mandel oder Oskar Lange, billigen der ökonomischen Kybernetik, der Ökonometrie, der linearen Programmierung und ähnlichen Verfahren der operationellen Ökonomie lediglich die Rolle einer ‚bürgerlichen Hilfswissenschaft‘ zu. Abgesehen davon, daß hier der Ausdruck ‚bürgerlich‘ — wie so oft — bis zur Unerträglichkeit für jedes andere Denksystem pauschal und ohne jede weitere Differenzierung gebraucht wird (was natürlich der marxistischen dualistischen Gesellschaftsauffassung entspricht und ein bezeichnendes Licht auf das Wissenschaftsverständnis der Neu-Marxisten wirft), abgesehen von dieser ärgerlichen Vereinfachung liegt hier ein tiefgreifendes Mißverständnis vor. Den neueren ökonometrischen und wirtschaftskybernetischen Verfahren wird unterstellt, daß sie völlig im Dienste eines einseitigen Rationalitätsprinzips stünden, wie es die englische Nationalökonomie hervorgebracht habe: die Rationalität von Entscheidungsprozessen zugunsten privater Gewinnmaximierung bilde den einzigen Gegenstand derartiger Verfahren. Daran ist bestenfalls

richtig, daß eine operationelle Methode niemals den untersuchten Gegenstand selbst reflektieren oder kritisieren kann. Das muß vorher oder hinterher geschehen. Und in der Tat: es ist überhaupt nicht einzusehen, warum wirtschaftskybernetische Verfahren, Ökonometrie und Systemtheorie nicht auch für andere als lediglich auf private Gewinnmaximierung ausgerichtete Wirtschaftsgesellschaften gelten sollen.

Verdachtsmomente gegen eine — möglicherweise sorgfältig verpackte — Ideologie reiner Gewinnwirtschaft sind nun freilich nicht nur von Neu-Marxisten vorgetragen wurden. Bahnbrechend waren auf diesem Gebiet Gunnar Myrdals Werk über das politische Moment in der ökonomischen Doktrinbildung in den dreißiger Jahren (neu: Hannover 1963) und Joan Robins Kritik an der überlieferten Nationalökonomie. Als „nationale“ Ökonomie habe sie folgerichtig viele Probleme der „Außenwirtschaft“ und der internationalen Währungsordnung vernachlässigt oder sie als Anhängsel betrachtet<sup>11)</sup>. Sie habe aber dar-

<sup>11)</sup> Die Frage, ob die vergleichsweise späte Lösung der Probleme der Weltwährungsordnung eine Folge dieser Haltung sind, soll hier nur gestellt, nicht ausführlich beantwortet werden. Bekanntlich sieht die neu-marxistische politische Ökonomie in den Krisen der Weltwährungsordnung der Jahre 1961, 1967 und 1971 neue Höhepunkte der allgemeinen Krise des ‚Kapitalismus‘, wiewohl es sich augenscheinlich lediglich um eine strukturelle Krise institutionellen und raumwirtschaftlichen Charakters handelt. Insbesondere verlangte der wirtschaft-

über hinaus auch lange Zeit ihren wahren sozialökonomischen Charakter verleugnet, insofern sie bei Realisierung des Systems privater Gewinnmaximierung zugleich eine Optimierung des Volkswohlstandes als gegeben behauptete oder stillschweigend unterstellte. Das galt für viele Investitionstheoretiker, Produktions- und Verteilungstheoretiker vergangener Jahrzehnte. Wer jedoch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts behaupten will, diese Einstellung habe sich allenthalben bis heute erhalten, der kennt die verschlungenen und selektierten Beziehungen und Bezirke wirtschaftswissenschaftlichen Denkens nicht. Es dürfte schwer sein, heute einen Wirtschaftswissenschaftler von Rang zu finden, der dem Glauben nachhinge, mit der Lösung partieller mikroökonomischer oder makroökonomischer Entscheidungsalternativen zugunsten privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung bereits das gesamte System von Wirtschaft und Gesellschaft analysiert oder beschrieben zu haben. Die Lehre von der rationalen privatwirtschaftlichen Entscheidungsfindung zugunsten der Gewinnmaximierung stellt einen Sektor wirtschaftswissenschaftlichen Denkens dar; nicht mehr und nicht weniger. Die Investitionstheorie, die nach privatwirtschaftlichen Rentabilitäts Gesichtspunkten fragt, ist eine Form, wirtschaftliches Geschehen zu erklären. Wer untersucht, wie auf verschiedenen Pfaden modernen Managements eine privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung erreicht werden kann, operiert nur in einem Ausschnitt, praktiziert nur eine Möglichkeit wirtschaftswissenschaftlichen Denkens. Zu behaupten, er reflektiere die gesamtwirtschaftliche Ordnungspolitik nicht mit, ist eine böse Unterstellung. Von den Kritikern einer marktorientierten Wirtschaftswissenschaft wird hier die Notwendigkeit zur Eingrenzung für eine sektorale Analyse verwechselt mit einer angeblichen Rechtfertigungslehre für das System.

Ohne Zweifel können Handlungsalternativen vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt auch für andere rationale Lösungen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Charakters entwickelt werden, die nicht einseitig am Grundsatz privatwirtschaftlicher Gewinnmaxi-

liche Wiederaufstieg Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg eine nachhaltige Korrektur des westlichen Weltwährungssystems, was der Aufgabe einer Reihe von Grundsätzen des Bretton Woods-Abkommens von 1944 gleichkommt. Selbst aus orthodoxer marxistischer Sicht wird man zugeben müssen, daß das Weltwährungssystem den Höhepunkt seiner Effizienz noch nicht erreicht hat.

mierung festzuhalten brauchen, die im Gegenteil das Gewinnmaximierungsprinzip unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten vergleichend gegenüberstellen einer sozialkostentheoretischen Betrachtung, so wie es z. B. die in England im Anschluß an die allgemeine Welfare-Ökonomie entwickelte Theorie der 'social-costs' oder der Nutzen-Kostenanalyse tut. Dabei werden betont einzelwirtschaftliche Ergebnisse rationalen Handelns verglichen mit gesellschaftswirtschaftlichen, wobei freilich wiederum ein Rahmen gesellschaftlicher Normen 'gesetzt' werden muß, um zu sinnvollen Resultaten zu kommen. So muß etwa voralles entschieden werden, wieviel individuelle Freiheit vorhanden sein soll und worin diese besteht (z. B. Konsumfreiheit, Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes, Freiheit, über Arbeitszeit zu disponieren zu können.) Diese Zusammenhänge werden in jüngster Zeit von der 'Systemtheorie' behandelt, als deren herausragende deutsche Vertreter Luhmann, Schenk und Hondrich gelten dürfen<sup>12)</sup>. Das alles kann sogar geschehen, ohne daß man den Knotenpunkt der Ökonomie, die Verteilungslehre, bereits 'grundsätzlich' miteinbezieht<sup>13)</sup>.

In der Rationalitätsfrage zielt der Vorwurf der Neu-Marxisten dahin, daß die „bürgerlichen Ökonomen (wozu also von Adam Smith bis Gunnar Myrdal oder Ota Šik alle Nicht-Marxisten gehören, so als sei die einzige Farbe alternative zu rot eben nur grün) den Begriff der ‚Zweckrationalität‘ (Max Weber) ausschließlich auf die privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung verwandt hätten und daß Rationalität gänzlich unreflektiert bleibe. Max Weber und andere haben nun zwar die Bedeutung des Rationalprinzips für die Entstehung und Ausbreitung des ‚Kapitalismus‘ herausgearbeitet, aber sie haben niemals behauptet, daß dies die einzige Verwirklichung von Rationalität im Gesellschaftsleben sei.

Daß rationales Handeln hier keine andere als nur privatwirtschaftliche Motive und Ziele

<sup>12)</sup> N. Luhmann, Soziologische Aufklärung, Opladen 1971; K. E. Schenk, Systemanalyse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin 1971; K. E. Schenk, Hondrich, Systemanalyse, politische Ökonomie, Bedürfnisbefriedigung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1972/2.

<sup>13)</sup> Inwieweit es sich bei der Systemtheorie methodisch grundsätzlich um etwas anderes handelt als um eine Mischung zwischen überlieferten ‚Modellen‘, Analysen der Ökonomen und denjenigen der politischen Soziologie und der Arbeitsweise der herkömmlich politischen Wissenschaften genannt, ist eine sehr interessante Frage, die hier nicht diskutiert werden kann.

haben kann, dürfte äußerst selten von einem Sozialwissenschaftler behauptet worden sein. Wo es dennoch geschah, wurde in der Tat privatwirtschaftliche Ideologie betrieben, aber nur dort.

Es hieße Vielfalt und Tiefe deutschen sozialwissenschaftlichen Denkens seit anderthalb Jahrhunderten gründlich verkennen, würde man eine nicht-marxistische Ökonomie ausschließlich mit privatwirtschaftlicher Ideologie gleichsetzen. Deutschland war schließlich das Land des Kathedersozialismus, war das Land eines Friedrich List, war das Land einer neuen marktwirtschaftlichen Sozialordnung, des Ordo und des Freiburger Kreises, der ja gerade nicht die Ausschließlichkeit des privatwirtschaftlichen Gewinnstrebens predigte, sondern bis hin zum bloß noch instrumentellen Charakter privater ‚Profitwirtschaft‘ das Nebeneinander und die Verzahnung privatwirtschaftlicher und sozialwirtschaftlicher Bezüge lehrte, ebenso wie es nicht erst seit Lord Beveridge in England eine Welfare-Ökonomie tut. Die Entdeckung des Rationalprinzips

durch den kapitalistischen Geist gleichsetzen zu wollen mit dessen unbegrenzter und unkritischer Verteidigung, dies bleibt der Popanz, den die Neu-Marxisten immer wieder neu aufstellen, um sich als Gegenposition begreifen zu können<sup>14</sup>). Wer meint, daß es ausschließlich des Anstoßes durch die Neue Linke bedurft hätte, um die soziale Bedeutung des Rationalprinzips in der Gesellschaftstheorie neu zu entdecken, der verkennet die sozialwissenschaftliche Diskussion der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und in England — dem Mutterland der Ökonomen — gründlich<sup>15</sup>). Der Vorwurf, die bürgerliche Ökonomie (wenn dieser Begriff überhaupt sinnvoll ist) sei eine einzige Apologetik von Privatwirtschaft und privater Gewinnmaximierung, übersieht, daß seit langem viele Ökonomen sich als Handlungs- und Entscheidungstheoretiker verstehen. Wieviel praktischen Einfluß auf die gesellschaftspolitische Gestaltung sie damit nehmen oder nehmen können — dies zu untersuchen ist eine Frage der politischen Soziologie.

#### IV. Zu einigen zentralen Gegenständen der politischen Ökonomie

##### Mehrwerttheorie und Entfremdung

Es ist wichtig, Mehrwerttheorie und Ausbeutungslehre von Marx nicht nur als ökonomische Machtlehre zu verstehen, sondern auch zu erkennen, daß sie mit der Entfremdungslehre — also der anthropologisch-soziologischen Komponente seiner Ökonomie — verknüpft bleiben, möglicherweise dieser sogar ihre Entstehung verdanken. Die Denkfigur ist dabei einfach: Angesichts der schnellen Mechanisierung in einen ständig mehr zergliederten Arbeitsprozeß (Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung) glaubte Marx, in der Arbeit eine Entäußerung erkennen zu müssen, deren Eigenart darin liege, daß der Mensch nicht mehr ausschließlich für seinen und seiner Familie (oder der Kleingruppe) notwendigen Bedarf arbeite, sondern für einen anonymen Markt, dessen Aufnahmebereitschaft durch privatunternehmerische Absatzstrategie abgetastet werde. Dieser Prozeß ist seit Marx immer wieder beschrieben worden und stellt den Mittelpunkt vieler kulturkritisch-anthropologischer Diagnosen des Industriezeitalters dar.

Der Entäußerung unterliegt nach Marx auch der Unternehmer, soweit dessen Tätigkeit

ebenfalls Hingabe von „Arbeitskraft“ ist. Hier schon wird deutlich, daß Marx einmal unter „Arbeit“ manuelle Arbeit, bezogen auf eine soziale Gruppierung, versteht, zum anderen aber, sofern sie ‚Entäußerung‘ ist, einen anthropologisch-sozialen Vorgang. Das ist eine überaus wichtige Unterscheidung, die freilich von Marx nicht konsequent genug durchgeführt wird. In der „Kritik der politischen Ökonomie“ engt er den Begriff „Arbeit“ einschneidend ein. Arbeit als Tätigkeit unter den Bedingungen von Privateigentum und Arbeitsteilung wird mit der manuellen Arbeit der Menschen im ersten Industrielande der Welt, in England, gleichgesetzt. Dieser Sprung kommt so unvermittelt, daß er von den meisten Lesern übersehen wird.

<sup>14</sup>) Diesen Vorwurf muß man ebenfalls O. Lange machen, was auch seine ihm sonst wohlgesonnenen Herausgeber vermerken. Vgl. hierzu: J. Kuczinski, Zur politökonomischen Ideologie Deutschlands von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1961.

<sup>15</sup>) E. Altvater, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und Zentralplanung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt/M. 1969.

So sehr sich durch Anschauung und Erleben diese Gleichsetzung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Marx auch aufgedrängt haben mag, hier liegt methodisch ein tiefer Riß vor. War schon die exklusive Zuordnung der Produktionsfaktoren (Boden in den Händen der Großgrundbesitzer, Kapital in den Händen der Fabrikherren, Arbeit in den Händen der Arbeiter, die sich somit verdingen müssen und nicht ‚warten‘ können<sup>16)</sup>), angesichts der historisch unterschiedlichen Entwicklung eine unzulässige Vereinfachung gewesen, so wurde die Gleichsetzung von Arbeit schlechthin mit Arbeit, Ausbeutung und spezifischen Entfremdungseffekt in einer sozialen Klasse den verschiedenen Übergangs-, Misch- und neuen Formen von „Arbeit“ unter industriewirtschaftlichen Bedingungen nicht gerecht. Das Entfremdungstheorem etwa muß als Phänomen unabhängig von der sozialen Klassenlehre und der mit der Akkumulationstheorie von Marx zusammengeschweißten Verteilungstheorie gesehen werden.

Entfremdungsprozesse zeigen sich in allen bürokratischen Gesellschaftsverfassungen industriewirtschaftlicher Prägung, also auch in der Sowjet-Union und in solchen Ländern, die einen mittleren Weg zwischen ‚reinem‘ Kapitalismus und ‚reinem‘ Sozialismus gehen möchten. Auch literarisch wurde das Entfremdungsphänomen in modernen Gesellschaften mit einer starken bürokratischen Verwaltungsmacht beschrieben, so u. a. von Franz Kafka (‚Das Urteil‘, ‚Der Prozeß‘ usw.)<sup>17)</sup>. Ob die bürokratische Apparatur starr und unerschütterlich oder ob sie verletzbar, gerade ihres Leerlaufes und ihrer Selbstgerechtigkeit wegen angreifbar sei, bildet einen interessanten Gegenstand der Bürokratiesoziologie und einiger jüngerer ‚linksintellektueller‘ revolutionärer

<sup>16)</sup> Die nach Marx immer ungleiche Marktposition von Unternehmern und Arbeitern am Arbeitsmarkt schließt die ‚Wartetheorie‘ des Zinses, etwa von Senior, mit ein. Nach ihr ist der Zins der Preis für das ‚Wartenkönnen‘ auf den Einsatz der eigenen Arbeitskraft, weil man zwischenzeitlich vom ‚arbeitslosen‘ Kapitaleinkommen leben könne.

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu die wenig bekannte, originelle Studie von H. Albach, *Unternehmer und Organisation bei Franz Kafka*, Mitteilungen der List-Gesellschaft, Basel 1969/3. Weniger dramatisch als die revolutionär sich verstehende ‚Neue Linke‘ hat dies der Amerikaner Vance Packard mit seinen amüsierlichen Büchern über sozialen Aufstieg und Verhalten in bürokratischen Strukturen dargestellt. Vgl. hierzu auch: J. Israel, *Der Begriff Entfremdung, makrosoziologische Untersuchungen von Marx bis zur Soziologie der Gegenwart*, Hamburg 1970.

Gesellschaftstheorien. Der ‚Marsch durch die Institutionen‘ darf als ein Beleg für die Auffassung gelten, daß die bürokratisch-administrative Apparatur verletzlich sei, nicht zuletzt, weil ihre bloße Existenz zu absurden Fehlleistungen führe.

Daß Entfremdung durch eine völlige Abschaffung industriewirtschaftlicher Arbeitsteilung verhindert werden kann, ist vom ‚frühen‘ Marx mehrfach ausgesprochen worden. Der Marx des zweiten und dritten Bandes des ‚Kapitals‘ hingegen distanzierte sich von derartigen Möglichkeiten. Daß Entfremdung auf eine privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaft beschränkt zu bleiben braucht, hat Marx niemals behauptet. Sein Sozialismus, soweit er überhaupt beschrieben wurde, trägt deutlich pessimistischere Züge, als Berufsrevolutionäre es wahrhaben wollen. Von Arbeitsarmeen ist die Rede und von einer militanten Überwachung der ‚gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit‘. Ein neuer Freiheitsspielraum beginne gleichsam erst hinter dieser organisierten Welt sozialistischen Wirtschaftens<sup>18)</sup>. In dieser Überlegung offenbart sich Marx‘ Genialität tiefer als in allen Auslegungen, die ihn vordergründig als strahlenden Propheten verstehen wollen. Die aktuelle Frage liegt nahe, ob denn

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von D. Oberndörfer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. 9. 1972. Obgleich in der Fachökonomie seit Jahrzehnten ausdiskutiert, muß hier noch einmal daran erinnert werden, daß Marx in den entscheidenden Stellen seiner Produktions- und Verteilungstheorie (die Zirkulationssphäre ist nach ihm ‚unproduktiv‘, während die nicht-marxistische Wirtschaftstheorie den Handel als funktional produktiv ansieht, der auf die Produktion zurückwirkt) den Mehrwert (‚Inkrement‘) als vorhanden voraussetzt, um nachträglich die Erklärung anzubieten, der Mehrwert beruhe ausschließlich auf der ausgebeuteten Arbeitskraft, weil nur die für die physische Reproduktion erforderlichen Löhne an die Arbeiterschaft gezahlt würden. Andere Autoren haben sich um andere Erklärungen des ‚letzten Geheimnisses‘ des Kapitalismus bemüht und zu erklären versucht, warum letztlich die Wirtschaft wächst und um welche Rate. Man hat von einem ‚natürlichen Zins‘ gesprochen und davon, daß die Gesinnung entscheidend sei, nur solche Produktion aufzunehmen, die einen Überschuß verspricht, was ohne allgemeine soziale Anerkennung dieses Verhaltens kaum möglich sein dürfte. Wahrscheinlich können massensoziologische, sozialpsychologische sowie ethische Erklärungen eine bessere Deutung für das Phänomen des kapitalistischen ‚Surplus‘ liefern als die Marx’sche Mehrwerttheorie, die von der Annahme eines ständig am Existenzminimum lebenden Industrieproletariats ohne Organisation, ohne Einsicht in seine soziale Rolle und ohne eigenes soziales Aufstiegsstreben lebt — Annahmen, die selbst für die industrielle Frühzeit sehr grob sind.

nicht auf einem auch auf anderem Wege erreichten Wohlstandssockel das Entfremdungsproblem, besonders die Frage ‚disponible time‘, der Freiheit, zwischen Arbeitseinsatz und Freizeit wählen zu können, besser gelöst werden kann als in den Elendsjahren der industriellen Frühzeit. Diese Frage wird mit Ausnahme der orthodoxen Marxisten von Vertretern jeglicher Art politischer Ökonomie heute bejaht. Freilich wird man dabei wieder auf das Mehrwerttheorem stoßen — bei der Frage nämlich, wie denn, in welcher Höhe und in welcher Form der durch kapitalistische Produktion erzeugte Mehrwert auf die an seiner Schaffung beteiligten Produktionsfaktoren aufgeteilt werden soll. Das bleibt eine schwierige Frage. Man vergegenwärtige sich z. B. nur, daß jeder, also auch derjenige, der weder ein Einkommen aus produktiver noch aus unproduktiver Arbeit bezieht<sup>19)</sup>, der also in irgendeiner Form über einen sozialpolitischen Umverteilungsweg ‚sekundäres‘ Einkommen erhält, in den Genuß der Chance kommt, ein gerade wegen der industriellen Arbeitsteilung stark gefächertes Güterangebot zu kaufen oder für solche Güter zu sparen.

Marx selbst war zu sehr von den materiellen Erfolgen des privatwirtschaftlichen Kapitalismus gebannt, als daß er die Qualitätsverbesserung durch ein breiteres Güterangebot gänzlich übersehen hätte. Weder ordnungspolitisch noch anthropologisch-ökonomisch ist einzusehen, warum diese Einstellung keinen individuellen und sozialen Wert darstellen soll, wenn auch das Optimierungs- und Koordinierungsproblem von individuellen und sozialen Bedürfnissen gewiß nicht gelöst ist. Vielleicht

<sup>19)</sup> Diese Unterteilung gehört zum eisernen Bestand der marxistischen Wirtschaftstheorie. Bedauerlicherweise vereinbart sie sich nicht mit dem, was Marx ‚disponible time‘ nennt, die angeblich nur im Sozialismus möglich sei. Arbeitszeitverkürzungen von 60 auf 40 Stunden, gleitende Arbeitszeit und bezahlter Urlaub, Verbot der Kinderarbeit usw. lagen außerhalb der wirtschaftlichen Erfahrung von Marx, was die Mehrwerttheoretiker gerne übersehen. Der wachsende, weite Bereich des ‚tertiären Sektors‘ der Dienstleistungen findet in der Unterscheidung in produktive und unproduktive Tätigkeit keinen Platz, obwohl doch der Ausfall eines Wartungsdienstes eine Produktion lahmlegen kann. Offensichtlich hat man es hier mit einer besonders schwachen Stelle der marxistischen Ökonomie zu tun, die lediglich materielle Gütererzeugung in der Fabrik als ‚produktiv‘ ansieht. Hier wird auch deutlich, wie wichtig eine semantisch-begriffskritische Behandlung einzelner Abschnitte auch des Neumarxismus ist, der weiterhin an der Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Tätigkeit festhält.

ist diese Wachstumskraft ein Grund für die erstaunliche Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik sozialistischer Länder sich ausdrücklich (wie unter Chruschtschow) oder stillschweigend (wie auf den Tagungen des COMECON deutlich wurde) am materiellen Erfolg kapitalistischer Länder orientiert.

Von der überlieferten Doppelfunktion der marxistischen politischen Ökonomie, nämlich nebeneinander kapitalismuskritisch und sozialistisch zu argumentieren, ist in der westdeutschen Diskussion erklärlicherweise nur die erstere wieder aufgegriffen worden, weil die akuten planwirtschaftlichen Probleme sozialistischer Rechenhaftigkeit (Investitionsrechnung, Lohnfondsberechnung, kalkulierte Lagerhaltung usw.) nur die Wirtschaft der DDR und Osteuropas beschäftigen. Die westdeutsche neu-marxistische Ökonomie beschränkt sich auf die phänomenologische Seite der marxistischen Mehrwertlehre und Entwicklungstheorie, fernab von allen brennenden Problemen und Aufgaben einer kollektivistischen, bürokratischen Staatsverwaltungswirtschaft<sup>20)</sup>.

Die Sozialgeschichte hat den Entfremdungsverdacht von Marx nicht widerlegen können; im Gegenteil: sie bildet ein Kernproblem jeglicher Sozialtheorie, die mehr sein will als bloße mechanische Entscheidungslehre zugunsten privaten Gewinnstrebens oder gruppenbezogener Verteilung und Wohlfahrtsmaximierung. Die These freilich von dem dauerhaft und notwendig niedrigen Stand des allgemeinen Lebensniveaus der Industriearbeiterschaft hatte aus mannigfachen Gründen vor der Geschichte keinen Bestand. Das, was Marx im Interesse seines Systems zusammenzog, sollte wieder getrennt werden, um analytisch und erkenntnistheoretisch der Wirklichkeit gerecht zu werden.

Nach der Marx'schen Tausch- und Arbeitswertlehre wird zum einen dem Arbeiter der Mehrwert vorenthalten. Dies wird mit verschiedenen Begründungen erläutert, die unterschiedlichen Erklärungswert besitzen. Einmal heißt es, der ‚Arbeiter leiste vor‘, d. h. er bekomme seinen Lohn erst nach getaner Arbeit ausbezahlt. Dies ist ein typisches Argument aus der statischen Betrachtung. Es gilt praktisch nur

<sup>20)</sup> Hierzu: Erwin K. Scheuch, Soziologische Aspekte der Unruhe unter den Studenten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/1968 v. 4. 9. 1968.

für die erste Lohnperiode, mikroökonomisch und makroökonomisch, vorausgesetzt, daß Quantität und Qualität der volkswirtschaftlich eingesetzten ‚Arbeit‘ sich nicht verändern, eine angesichts der Dynamik des privatkapitalistischen Prozesses und auch angesichts der bekannten krisentheoretischen Argumente der Marxisten eine gewagte, widersprüchliche Annahme. Weiter heißt es, der Mehrwert, der dem Arbeiter vorenthalten werde, entstehe durch interne und externe Kostenersparnisse, um Ausdrücke der jüngeren Theorie zu gebrauchen. (Interne Ersparnisse entstehen vor allem durch betriebliche Rationalisierung, externe Ersparnisse z. B. durch gemeinwirtschaftliche Investitionen wie etwa Straßenbau, Hafenanlagen, Nachrichtenwesen usw. Umgekehrt können Gemeinschafts- oder Sozialinvestitionen betriebliche Kosten hervorrufen — man denke an Anliegerbeiträge —, wie andererseits durch die Existenz privatwirtschaftlich arbeitender Unternehmungen Sozialkosten auftreten können, was die breite Diskussion über den Umweltschutz und die Verschmutzung industriefreier Räume gezeigt hat.)

Daß eine solche Mehrwertentstehung möglich ist, wird nicht bestritten, wobei die Zurechnungslehre bis zum heutigen Tage freilich immer nur zu formalen Ergebnissen gelangt ist und eine plausible, kausale Zurechnung des Mehrproduktes bei Mehreinsatz eines Produktionsfaktors innerhalb einer gegebenen Produktionsfaktorenkombination nicht möglich erscheint (was z. B. im Lehrbuch der Ökonomie von Gahlen übersehen wird)<sup>21</sup>).

Auffällig ist, daß in der marxistischen Ökonomie orthodoxer Prägung noch immer Produktionstheorie und Verteilungstheorie im Sinne einer Theorie des sozialen Ungleichgewichtes miteinander verbunden sind, was einen denkbaren, aber nicht den einzigen theoretischen Ansatz dieses Zusammenhanges darstellt. Nur diejenigen Bezüge aus dem Geflecht möglicher Verbindungen zwischen Produktions- und Verteilungstheorie werden herausgesucht, die den gewählten Ansatz — das duale Klassendenken — stützen können.

Die Tausch- und Arbeitswertlehre geht noch einen wichtigen Schritt weiter. Der Arbeiter erhalte nicht nur einen um den Mehrwert (oder den Teil des Mehrwertes, der ihm funktionell zusteht) zu geringen Lohn, nicht nur die industrielle Reservearmee drücke in Kri-

senzeiten das allgemeine Lohnniveau weiter herab und das Bevölkerungswachstum halte ihn ohnehin niedrig, vielmehr müsse der im arbeitsteiligen Prozeß wirkende Arbeiter sein eigenes Produkt (oder doch besser: Teile davon) noch zurückkaufen: er wird zum doppelten Gefoppten, da er nun auch noch einmal den ihm nicht ausbezahlten Mehrwert (wenigstens teilweise) zurückkaufen müsse. Dieses Argument trifft insofern zu, als es die Problematik des arbeitsteiligen, den engen Bereich einer geschlossenen Hauswirtschaft sprengenden industriellen Prozesses tauschwirtschaftlich richtig sieht. Die Schwäche des Argumentes liegt aber darin, daß übersehen wird, daß der Industriearbeiter auf die Dauer von der allgemeinen höheren Produktivität (wie auch alle übrigen am Verteilungsprozeß Beteiligten) profitiert. Hinzu kommt, daß nur für den lebensnotwendigen Bedarf ein wirklicher Zwang zum Kaufen gehört, daß darüber hinaus aber mit wachsendem durchschnittlichen Lebensstandard (oder: Realeinkommen je Kopf) gerade durch das arbeitsteilige Industriesystem ein völlig neuer Freiraum entsteht, den keine hauswirtschaftliche Organisation kennt: die Freiheit, angebotene Güter zu kaufen oder *nicht* zu kaufen. Diesem, schon von den englischen Altliberalen vorgebrachten Argument haben die Marxisten mit Ausnahme weniger Revisionisten entgegengehalten, Bevölkerungsdruck und mangelnde politische Bildung sowie fehlende ökonomische Einsicht würden es niemals zulassen, daß ein derartiger Konsumfreiraum entstünde. Lassalle sprach von einem ehernen Lohngesetz als genereller, wiederkehrender Krisenerscheinung, Marx selbst glaubte an eine dauernde Verelendung, die Revisionisten sprechen von einer ‚relativen Verelendung, indem sie den durchschnittlichen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens zwar nicht leugnen, dessen Preis jedoch, die Beibehaltung von Privateigentum und anonymer Kapitalakkumulation in den Händen weniger, für zu hoch erklären. In diesem Zusammenhang dürfen wir feststellen, daß die (Arbeits-)Wertlehre Marxscher Prägung in Verbindung mit der Verteilungstheorie, also der einseitigen Zurechnung des Mehrproduktes zugunsten einer a priori so formulierten Kapitalistenklasse, die philosophisch-anthropologische Entfremdungsthese ebenso stützen soll, wie diese wiederum auf die Marxsche Verteilungslehre zurückwirkt. Die brillante Geschlossenheit des Systems erweist sich als Zusammenhang per definitionem: weil die Arbeit als Entfremdungsprozeß beschrieben wird, fügt sich diese

<sup>21</sup>) Bernhardt Gahlen u. a., Volkswirtschaftslehre, München 1971.

theoretische Aspekt in die Mehrwertlehre und Verteilungstheorie ein, diese wiederum liefert den weiteren Stoff zur Festigung der Entfremdungsthese<sup>22)</sup>).

Während die Überzeugungskraft der Mehrwertlehre bei den Anhängern des Marxismus stärker auf der Wirkung des Propheten als auf der des Analytikers Marx beruht, so stellt sie sich theorienkritisch als mißlungener Versuch dar, ausschließlich mit ‚Wert‘- anstelle von ‚Preis‘begriffen den Produktions- und Verteilungsprozeß zu erklären. Denn im Kern steht die Mehrwertlehre auf der Annahme, daß unabänderlich der kapitalistische Gebrauchswert der Arbeit höher einzuschätzen sei als ihr Tauschwert. Diese Annahme mag für die Epoche der industriellen Frühgeschichte zutreffend gewesen sein, als allgemeine Annahme bleibt sie unhaltbar, da hier die spezielle Situation einer Epoche zum Element einer allgemeinen Theorie gestempelt wird<sup>23)</sup>.

### Arbeitswertlehre

Die Annahme, daß der Gebrauchswert der Arbeit für den Unternehmer höher sei als deren Tauschwert auf dem Arbeitsmarkt steht und fällt mit den bekannten Theorien des Bevölkerungsüberdruckes (Malthusianismus), einer nahezu unbegrenzten Austauschbarkeit von ‚Arbeit‘ und mangelnder Organisation der Arbeiterschaft im Sinne einer gegengewichtigen Marktmacht. Die ‚industrielle Reservearmee‘ verstärke die Diskrepanz zwischen Gebrauchswert und Tauschwert der Arbeit noch, verbunden mit der Vorstellung, daß die Krisen des Systems sich epochal verstärken, während doch die Einsicht in alle hier genannten Tendenzen gerade Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als Krisenbeherrschung hervor gebracht haben.

Wirtschaftshistorisch nachgewiesen gab es eine Landflucht schon vor Beginn der eigentlichen Industrialisierung. Die Bevölkerungsentwicklung erwies sich als von einer Fülle von steuerbaren Faktoren abhängig. Krisen blieben nicht aus, aber sie waren nach dem Ergebnis der statistisch-empirischen Forschung wirtschaftlicher Wechsellagen etwas anderes

<sup>22)</sup> H. Popitz, *Der entfremdete Mensch. Zeitkritik und Geschichtsphilosophie des jungen Marx*, Basel 1953.

<sup>23)</sup> Diesen gewiß nicht neuen Einwand gegen die Marx'sche und marxistische Ökonomie halten wir aber im Gegensatz zu manchem anderen Autor nicht als ‚enthüllend‘ im Sinne einer Ideologiekritik, sondern für eine schlichte methodische Unsauberkeit.

als das, was Marx in ihnen sehen wollte (nämlich eine dauerhafte Systemkrise). Der Industrialisierungsprozeß mit seiner weitgehenden Arbeitszerlegung und Arbeitsteilung hat die spezialisierte Arbeit zu einem immer weniger beliebig austauschbaren Gut werden lassen und die politisch-gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter hat Möglichkeiten der Teilnahme am wirtschaftlichen Wachstumsprozeß erschlossen, die früheren Epochen der Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte unbekannt waren. Die faszinierende, scheinbare Geschlossenheit der Marx'schen Ökonomie beruht auf dem selektiven Umgang mit isolierten ‚Tendenzen‘, die nicht geleugnet werden können, die aber eher zu einem Gemälde der industriellen Frühzeit als zu einer eigentlichen wirtschaftlichen Entwicklungslehre passen wollen. Mit den Worten der Methodenkritik: Marx hat die Auswahl zwischen variablen und konstanten Daten so getroffen, daß sie der Logik eines Gesamtsystems entsprechen, andere Gruppierungen der Annahmen, vor allem bei laufender empirischer Überprüfung, sind jedoch möglich<sup>24)</sup>.

<sup>24)</sup> Dies zeigt ein Blick auf J. A. Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahre 1912, der einzigen, den Marx'schen Thesen entgegen gerichteten wirtschaftlichen Entwicklungslehre. Die Unbequemlichkeiten, die Schumpeter bietet, haben offensichtlich das Entstehen einer ‚Schumpeter-Schule‘ verhindert. Von den ‚Neuen Linken‘ wird er — auch weil weitgehend unbekannt — nicht als Gegenposition zu Marx erkannt. Die Grundthese Schumpeters: der Privatkapitalismus als historisch nachweisbar bisher erfolgreichstes System (was Marx nicht bestreiten würde) verdanke seinen schnellen Aufstieg einer wagenden Unternehmergeneration, die mit volkswirtschaftlich zusätzlichem Geld ausgestattet werde, weil die vielen ‚Pflügen kleiner Ersparnisse‘ für die Durchsetzung neuer ‚Innovationen‘ nicht ausreichen. Tatsächlich greift hier Schumpeter Marx an seiner schwächsten Stelle an: bei der Geld- und Kredittheorie. Marx sieht den Zwangssparprozeß der industriellen Frühzeit in Verbindung mit seiner Ausbeutungstheorie. Schumpeter sieht die Möglichkeiten, die das System von Vertragsfreiheit und Privateigentum jenen bietet, die bereit sind, Risiko zu übernehmen und über die Enge der Anfangsjahre hinauszukommen. Daß der von Schumpeter selbst gelegentlich so genannte hemdsärmelige Unternehmer sozial durch neue Figuren verdrängt wird, bildet ein wesentliches Element organisatorischer und bürokratischer Verkrustung des ‚Kapitalismus‘ in Schumpeters Sicht. Institutionelle und bürokratische Erstarrung sowie ein dem komparativen Kostenprinzip entgegenarbeitender Exportmonopolismus sind nach Schumpeter, die ärgsten Feinde des Privatkapitalismus des 19. Jahrhunderts. Vgl. hierzu im einzelnen: Lutz Köllner, *Geld- und Wissenssoziologische Bemerkungen zu Marx und Schumpeter*, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Göttingen 1964/3, Bd. 15.

Es zeigt sich auch, daß die Wertlehre allein keine durchdringende Analyse von Gesellschaftsordnungen zu leisten vermag. Denn Sozialökonomie ist nicht nur Werttheorie, so weit man im neumarxistischen Sinne ‚Wert‘ auch begreifen mag (was dann Diskrepanz zwischen individuellem und sozialem Wert heraufbeschwört), sondern *daneben* auch Systematik, Handlungs- und Entscheidungstheorie, was von den Vertretern der neueren ‚politischen Ökonomie‘ betont wird und was im übrigen von den Vertretern der überlieferten politischen Wissenschaft nichtmarxistischer Prägung niemals geleugnet wurde<sup>26)</sup>). Wenn es im Vorwort zu Oskar Langes ‚politischer Ökonomie‘ heißt, daß Unvermögen der meisten bürgerlichen Ökonomen, Marx zu begreifen, zeige sich in der grotesken Annahme, man könne Teile und Stücke von Marx übernehmen und gleichzeitig seine Wertlehre ablehnen<sup>27)</sup>), so muß man demgegenüber herausheben, daß es hierum gar nicht geht, sondern um die Widersprüchlichkeit der Wertlehre selbst. Der Marxsche Wertbegriff ist zweiebnig: und *das* macht seine Benutzung so schwierig und angreifbar: das von Marx prognostizierte Mißverhältnis zwischen Gebrauchswert und Tauschwert der Arbeit als Grundlage von Ausbeutung unter den Bedingungen der Herrschaft des Privateigentums gehört zu seiner *Gesamtdiagnose* des privatwirtschaftlichen Systems auf dem makrosozialen Rang. Auf der *Mikroebene* der Preisbildung für Arbeit sind fundamentale kritische Einwände gegen die unterstellte Annahme eines *dauerhaften*, überall vorfindbaren Mißverhältnisses zwischen Gebrauchswert und Tauschwert der Arbeit möglich, so daß theoriengeschichtlich und erkenntniskritisch nichts anderes übrig blieb, als die ‚objektive‘ Wertlehre für den Lohnfindungsprozeß durch eine Preistheorie für Arbeit zu ersetzen. Diese aber zeichnet sich, wie Preistheorien für andere Güter auch, dadurch aus, daß auf jeder Marktseite bei den Anbietern *und* bei den Nachfragern nach Arbeit eine Skala von Motiven auftaucht. An die Stelle einer einseitigen Werttheorie ist eine breit gefächerte Motivation getreten, die im Preisgeschehen ihren verkürzten Ausdruck findet.

<sup>25)</sup> Man denke an die Frage der sozial-politischen Prioritäten gesamtwirtschaftlicher Ziele und eines rationalen Mitteleinsatzes zu deren Verwirklichung. Vgl. hierzu H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1961.

<sup>26)</sup> Oskar Lange, Politische Ökonomie, Bd. I, Frankfurt/Wien 1963. Hierzu auch: K. G. Zinn, Arbeitswerttheorie, Herne-Berlin 1972.

Marx' Produktions- und Werttheorie ist eine Bereicherungstheorie, eine politisch-soziologische Theorie. Wie immer man aber zum Privateigentum stehen mag, abgeleugnet werden kann *nicht*, daß der freie Unternehmer oder jedwede unternehmerische Organisation, die sich an Daten des Marktes orientiert, ein Risiko auf sich nimmt, das auch darin besteht, daß der vom Markt vergütete Tauschwert eines Gutes oder einer Dienstleistung niedriger liegen kann als die dazugehörigen Produktionskosten. Dies kann durch Nachfrageverschiebungen bedingt sein, durch konjunkturelle Wellenbewegungen oder durch einen langfristig-strukturellen Umbau des gesamten Wirtschaftskörpers. Ob man so weit gehen will, dieses Risiko theoretisch durch eine besondere Risikoprämie abgedeckt zu sehen, ist eine andere Frage (hier wäre der Punkt, wo marktwirtschaftliches Denken zur Ideologie werden *kann*); daß ein derartiges Risiko besteht, lehrt die gesamte jüngere Wirtschaftsgeschichte aller Branchen. Lange Zeit haben die nicht-marxistischen Ökonomen den hinter den Preisbildungsprozessen stehenden Motivationsfächer wenig beachtet. Dieser kritische Einwand besteht zu Recht. Aber: die empirische Sozialforschung, die zwischen Ökonomie und Soziologie steht, hat seit mindestens zwei Jahrzehnten auch in Deutschland diese Lücke zu schließen versucht.

Wenn die Mehrwerttheorie zur Erklärung wirtschaftlichen Wachstums nicht ausreicht, weil ein soziales und politisches Machtverhältnis als ein möglicher Erklärungsgrund für eine privatwirtschaftliche Akkumulation allein nicht ausreicht, so müssen Wirtschaftswissenschaft und politische Ökonomie nach weiteren Gründen suchen, um zu erklären, warum eine Wirtschaft nicht nur im Maße der Zunahme des Einsatzes einzelner Produktionsfaktoren wächst, sondern um zu erklären, welches die sozialen und individuellen Triebkräfte für makroökonomisches Wachstum sind, das über den bloß quantitativen Zuwachs einzelner Produktionsfaktoren hinausgeht. Vor dieser entscheidenden Frage werden alle wirtschaftshistorischen und verteilungstheoretischen Fragen zu Nebenproblemen. Wahrscheinlich spielt unterschiedliches Sozialverhalten eine große Rolle. Das liefe darauf hinaus, festzustellen, daß der Wachstumsprozeß sich unter bestimmten Bedingungen ‚selbst trägt‘, was die Entstehung von Fehlstrukturen einschließt. Diese frühzeitig zu erkennen, darauf sollte sich jede politische Ökonomie konzentrieren. Was eine Fehlstruktur ist, kann die Wissenschaft nicht

entscheiden. Sie kann aber die Prozesse aufzeigen, die zur Bestimmung von gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Prioritäten führen. Wenn auch die Wissenschaft in den sozialen Entwicklungsprozeß einbezogen ist, so bedeutet dies, daß diese einerseits von ökonomischen Gegebenheiten, Institutionen und deklarierten Zielen abhängig sein kann, daß sie andererseits aber auf diese sozialen Systemelemente auch zurückwirkt. Wir haben mithin nicht ein zweidimensionales Geflecht ökonomisch-politisch-sozialer Beziehungen vor uns, sondern einen vieldimensionalen Körper, der angefüllt ist mit funktionalen Beziehungen, die sich jeder monokausalen Erklärung entziehen, so wie sie die Gestalt des Körpers ständig verwandeln.

Erstaunlich an der neu-marxistischen Diskussion in der Bundesrepublik und in einigen Ostblockländern ist, daß die Mehrwerttheorie als Herzstück marxistischer Kapitalismuskritik bei der Behandlung ökonomischer Fragen des Sozialismus nicht mehr im Vordergrund steht. Investitionstheoretische und produktionstheoretische Überlegungen stehen an erster Stelle, offenbar doch auch in der Annahme, daß die verteilungspolitischen Probleme sich bei einem hohen Produktionsstand leichter lösen lassen. Die Marx'sche Kritik an der industriellen Arbeitsteilung bleibt zugedeckt, eine schwache Brücke wird geschaffen durch unverbindliche Hinweise etwa der Art, man dürfe neben dem Ökonomen Marx den Humanisten Marx nicht übersehen.

## V. Der Beitrag der neuen Systemtheorie

Mit der neuerdings ins Gespräch gekommenen Systemtheorie scheint eine Chance verbunden zu sein, die Orthodoxie der Marx'schen Ökonomie sowie gewisse Einseitigkeiten der traditionellen Wirtschaftswissenschaft zu überwinden. Schon vor Jahrzehnten in den Grundzügen entworfen, bemüht sich die Systemtheorie als gedankliche Konstruktion darum, Wissenschaftsgebiete einander näherzubringen, die bisher durch Fach- und Bildungstradition voneinander getrennt waren. Ihre Entstehungsgeschichte führt auf mehrere Wurzeln zurück. Ursprünglich gehörte sie dem naturwissenschaftlichen Bereich an, von vorneherein wurde aber angestrebt, auch andere Gebiete, so auch die Ökonomie und die Politik, mit einzubeziehen. Neuerdings sind methodisch zur Systemtheorie informationstheoretische, kybernetische und auch mengentheoretische Elemente hinzugetreten.

Ein „System“ stellt eine Struktur dar, deren Elemente miteinander und mit Elementen außerhalb des Systems derart in Beziehung stehen, daß jede Veränderung eines Elementes auf andere Elemente im System fortwirkt. Systeme sind also fortwährend in Bewegung und im Wandel begriffen, unterliegen ständigen Anpassungs- und Fortentwicklungsprozessen. Systemtheorie ähnelt damit u. a. dem, was üblicherweise Morphologie genannt wird. Systemvorstellungen unterscheiden sich zunächst durch die Definition der Elemente. Als Bausteine sozialer Systeme bieten sich z. B. Personen, Personengruppen, soziale Rollen,

Interaktionen, Institutionen oder Teilsysteme an. Wofür man sich entscheidet, hängt dabei von dem jeweiligen Betrachtungszweck ab. Außer durch die Wahl der Elemente unterscheiden sich sozialwissenschaftliche Systemvorstellungen durch die Annahmen, die sie hinsichtlich charakteristischer Eigenschaften des Systems machen. Diese Systemmerkmale werden häufig in Analogie zu nicht-sozialen Systemen begriffen. So lassen sich mechanische, organische und neuerdings kybernetische Systemvorstellungen unterscheiden<sup>27)</sup>.

Die Vielzahl methodischer Verfahren im Zusammenhang mit jüngsten systemtheoretischen Überlegungen wird die Verwendbarkeit wirtschaftswissenschaftlicher und politisch-ökonomischer Einsichten für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Zukunft zweifellos steigern können. Geht es doch darum, den Umkreis für rationales politisches Handeln zu erweitern, indem der Bereich des rational Erfassbaren ausgeweitet wird. Zwar bleibt angesichts einer nahezu unüberschaubar gewordenen Wirklichkeit des sozialen Lebens eine Reduktion komplexer Zusammenhänge bestehen, es haben sich aber verschiedene Typen von ‚Systemen‘ bereits herausgebildet. Flexible Denkansätze lassen überlieferte Struk-

<sup>27)</sup> Zur Abgrenzung der Systemtheorie von anderen theoretischen Modellen vgl. inbes. K. W. Deutsch, Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg 1970<sup>2</sup>.

turen der Gesellschaft, der Produktion oder der Verteilung nicht mehr ungefragt bestehen. Unterschieden wird z. B. zwischen einfacher und zielverändernder Rückkoppelung. Vorläufer derartiger Verfahren gab es z. B. in der empirischen Konjunkturforschung schon länger, wenn etwa durch Fragebogen, nach Branchen geordnet, Unternehmer nach ihrer künftigen Konjunktüreinschätzung gefragt wurden und die Kenntnis der Antworten aller Befragten die Äußerungen bei der nächsten Befragung, also nach Veröffentlichung der ersten, beeinflussten, so lag im Bereich der konjunkturellen Selbsteinschätzung dieser Großgruppe bereits eine die künftige unternehmerische Tätigkeit modifizierende Rückkoppelung vor. Zweifellos kann ein analytisch-theoretisches System sich selbst bestätigen, wie es andererseits auch Triebkräfte des sozialen Wandels aufweisen und aktivieren kann, vornehmlich dann, wenn den Beteiligten ihr individueller oder gruppenbezogener Entscheidungsspielraum transparent gemacht werden kann. Der Wissenschaft fällt hier eine neue Aufgabe zu, die im Kern bildungspolitisch ist. Gerade dies aber entbindet sie nicht von der Pflicht zu formaler methodischer Sauberkeit; die gesellschaftliche Position der Sozialwissenschaft, gleichgültig, wie sie sich schwerpunktmäßig begreift, kann durch die Systemtheorie ebenfalls neu beschrieben werden. Dies bedeutet nicht, die Einheit von Theorie und Praxis im marxistisch-orthodoxen Sinne herstellen. Es bedeutet aber die Chance eines tieferen Eindringens in den sozialen Kosmos und die Chance zu vermehrter soziopolitischer Einsicht verschiedener Bevölkerungsgruppen.

Informationstheoretisch ausgedrückt, handelt es sich bei der Systemtheorie um die Behandlung großer Mengen von Daten nach systematischen Gesichtspunkten. Für die Ökonomie bedeutet dies z. B.: Erkenntnisse aus einzelnen Disziplinen werden so weit wie möglich begrifflich (und kybernetisch) zusammengefaßt (aggregiert). So werden z. B. Einsichten aus dem Bereich der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Produktions-, Geld-, Außenhandelswirtschaft usw. als „Größen“ aufgefaßt, die — wie in der herkömmlichen ökonomischen Modelltheorie — variabel oder konstant sein können. Derartige Größen können z. B. sein: die Zusammensetzung des Volkseinkommens, die Inflationsrate einer Wirtschaft, die Außenhandelsquoten, der Anteil des Sparens am persönlich verfügbaren Einkommen, die Summe der durch die Privatwirtschaft verur-

sachten sozialen Kosten (wie Umweltverschmutzung) usw.; aber auch eine politisch-bürokratische Herrschaftsstruktur, die „Menge“ an Konsumfreiheit, freiwilligem oder erzwungenem Konsumverzicht können Elemente eines Systems sein.

Eine der Besonderheiten von Systemen gegenüber klassischen ökonomischen Ablaufmodellen liegt darin, daß es innerhalb des Systems zu Rückkoppelungen im Sinne einer Verarbeitung von Informationen kommen kann. So etwa, wenn angenommen wird, daß die Kenntnis einer bestimmten Zusammensetzung des Volkseinkommens die politisch Verantwortlichen dazu veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen, die diese Zusammensetzung ändern sollen. Mit anderen Worten: der allgemeine und spezielle *Wissensstand* über ökonomische und andere Probleme kann *selbst* ein Systemelement sein. Traditionellerweise wurden derartige Überlegungen in verschiedenen Wissensgebieten, etwa in der Volkswirtschaftslehre, in der Staatsphilosophie und Staatsrechtslehre, in der Wissenschaft von der Politik usw. angestellt. Die Systemtheorie möchte dagegen überdisziplinär arbeiten.

Für unseren Zusammenhang genügt es, festzuhalten, daß sie im sozialökonomischen Bereich bestrebt ist, mehr zu bieten als nur Ablaufmodelle und daß das Wissen über das Funktionieren eines Systems gleichzeitig in ein System miteingespielt werden kann. Ob die Struktur eines Systems, dessen innere Aktivität oder ob Veränderungen in der Zusammensetzung der Elemente eines Systems im Vordergrund stehen, bleibt demgegenüber eine zweitklassige Frage. Ökonomische Modelltheorie und Wissenssoziologie können jedenfalls in der Systemtheorie eine Verbindung eingehen.

Man kann derartige Versuche als einen modernen Ausdruck des Strebens nach Wahrheit und nach besserer Einsicht in soziale Strukturen werten, von Motiven also, wie sie auch Karl Marx beherrschten. Freilich: in einer flexiblen Systemtheorie wird es keine orthodoxen Grundannahmen geben können, die undiskutiert bleiben. Da die Dogmatiker in der ‚Neuen Linken‘ hingegen am monokausalen Basis-Überbau-Schema von Marx, einem vergleichsweise einfachen und deshalb nicht ungefährlichen wissenssoziologischen Schema, festhalten müssen, wird es bei ihnen zu einer Abwehrhaltung gegenüber einer flexiblen Systemtheorie kommen, auch schon deshalb, weil diese die Chance bietet, das zu tun, was

der politisch etablierte Marxismus seit jeher gefürchtet und unterdrückt hat: die Betrachtung des eigenen Systems aus kritischer Distanz, gekoppelt mit der Möglichkeit, eigene Denkinhalte sowie bestehende Strukturen zum Gegenstand der Diskussion zu machen, zu ‚hinterfragen‘, wie die jüngere, linguistisch getönte Soziologie sagt.

Bekanntlich bildet die Bewußtseinswandlung des Proletariats die einzige vermittelnde Größe im Marx'schen wissenssoziologischen Schema. Läßt man systemtheoretisch auch andere Instrumente, Inhalte und Wirkungen der individuellen und sozialen Bewußtseinsbildung zu, so wird einerseits die Macht der Partei als Vortrupp des Proletariats und Inhaberin der alleinigen Wahrheit in Zweifel gezogen, zum anderen muß gefragt werden, ob der im marxistischen Sinne definierte ‚Arbeiter‘ überhaupt ein geeignetes Medium für eine breite soziale Bewußtseinsbildung sein kann.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, daß zwischen dogmatischen Marxisten einerseits, die Fortschritte in der Wissenssoziologie so wenig wahrhaben wollen wie eine kritische Überprüfung der Sozialerscheinung „Proletariat“ als einzigen Träger des „richtigen“ Bewußtseins, und Systemtheoretikern andererseits erbitterte Streitgespräche zu erwarten sind, zu schweigen von den Auseinandersetzungen mit denjenigen Systemtheoretikern, die, selbst wenn sie marxismusfreundlich sind, die Herzstücke der Marx'schen Ökonomie wie Mehrwertlehre, Lohnfondstheorie, Kapitalakkumulation usw. flexibler handhaben und nicht mehr ausschließlich in den ihnen von Marx zugewiesenen Zusammenhängen sehen wollen.

Angesichts des interdisziplinären Charakters der Systemtheorie wird übrigens auch deutlich, daß die kritische marxistische politische Ökonomie ihre Faszination immer auch von den internen Verständigungsschwierigkeiten zwischen sogenannten ‚bürgerlichen‘ Denkern bezog, die sich zwar dem Wissenschaftsideal des Methodenpluralismus verpflichtet fühlten, ohne daß jedoch forschungsorganisatorisch hinreichende interdisziplinäre Gruppen gebildet worden wären. Die Frage nach der bestmöglichen Einsicht in sozialökonomische Zusammenhänge stellt sich durch das Aufkommen der Systemtheorie aufs Neue.

Zweifellos werden traditionelle (spät-) marxistische Ökonomen ebenso wie die Vertreter der ‚Neuen Linken‘ auf ein Charakteristikum

der Systemtheorie hinweisen, auf den führenden Systemanalytiker selbst aufmerksam gemacht haben, nämlich auf den im Kern zunächst inhumanen Charakter systemtheoretischen Denkens. Denn allgemein, auch ohne einen marxistischen Standort zu beziehen, wird man erwarten können, daß die weitere systemtheoretische Entwicklung zu neuen Höhepunkten abstrahierenden Denkens über wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse führen wird. Dies könnte nun ein lediglich wissenschaftsinternes Problem bleiben, wenn nicht auf Seiten der Marxisten die Absicht bestünde, mit *ihrem* wissenschaftlichen Instrumentarium der „Arbeiterschaft“ einen tieferen Einblick in die Funktionsabläufe hochindustrialisierter Gesellschaften vermitteln zu wollen<sup>28)</sup>. Die Frage drängt sich dann auf, ob lerntechnisch die überlieferte marxistische Ökonomie ihr bisheriges Gewand weiter tragen dürfen<sup>29)</sup> und ob ihr nicht, soweit sie sich kapitalismuskritisch gibt, die Gefahr droht, noch stärker als bisher als eine Analyse der frühindustriellen Zeiten in die Theorien- geschichte zurückzusinken. Damit müssen die orthodoxen Marxisten rechnen — und die „aufgeklärten“ Marxisten immerhin in dem Maße, wie sie an ihrem Grundschema, dem Mißverhältnis zwischen sozialem Einsatz produktiver Kräfte und ausschließlich privatwirtschaftlich gedachter Aneignung der Akkumulationsergebnisse, festhalten und realen Mischsystemen in ihrem ökonomischen Denken keinen dauerhaften Platz einräumen<sup>30)</sup>.

Gegenüber der marxistischen Theorie vom determinierten Geschichtsablauf nach dem monokausalen Basis-Überbau-Schema stellt sich die wichtige wissenssoziologische Frage, ob Wissenschaft, also auch Wirtschaftswissenschaft, als Chance der Reflexion nicht nur der eigenen Wissenschaftsorganisation und -methodik, sondern auch der Prioritäten von individuellen und sozialen Bedürfnissen eine

<sup>28)</sup> Diese schwieriger werdende bildungspolitische Aufgabe besitzt auch eine brisante wissenssoziologische Komponente: der Abstand zwischen intellektueller Reflexion und der tatsächlichen Sozialmechanik wird größer. Das aber kann bedeuten, daß methodisch und anthropologisch neue Forderungen an den Menschen gestellt werden müssen, von denen man im einzelnen noch nicht weiß, wie sie aussehen sollen. Man kann dies als eine Dynamik des bildungspolitischen Prozesses beschreiben, und zweifellos haben die sechziger Jahre dazu erhebliche Anstöße geliefert.

<sup>29)</sup> Die gleiche Frage wäre aber auch an die überlieferte Wirtschaftswissenschaft zu richten.

<sup>30)</sup> A. Sohn-Rethel, *Ökonomischer Dualismus der Übergangsgesellschaft*, Neuwied 1971.

produktive Kraft sein kann oder nicht. Wir lassen hier beiseite, daß Institutionalisierung und Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaften Starrheitsfaktoren darstellen können, die eine dynamische Behandlung von Sachfragen und eine kritische Eigenreflexion möglicherweise verzögern, was im übrigen nicht zuletzt immer auch eine individuelle Problematik jedes einzelnen akademischen Lehrers und Forschers bleibt. (Eben deshalb legt die ‚Neue Linke‘ viel Wert auf neue forschungspolitische Schritte und forschungspolitische Verfahren, deren Ergebnisse aber bisher nicht ausreichen, um ein Urteil über sie fällen zu können.)

In unserem Zusammenhang interessiert an dem Komplex „Wissenschaft als Produktivkraft“ vor allem die Problematik, daß Wissenschaft selbst im Geflecht wechselseitiger Beziehungen zwischen Grundlagen (Basen), ‚Überbauten‘ und vermittelnden Instanzen steht, ähnlich wie Sprache, soziale Institutionen usw. Folgt die marxistische Ökonomie der stalinistischen Tradition, vermittelnde Instanzen als außerepochal und bedeutungslos anzusehen, um das ‚reine‘ monokausale Basis-Überbautheorem erhalten zu können (wie es Stalin vor 20 Jahren in seinen Linguistik-Briefen tat), so ist zu erwarten, daß neben einer ökonomischen Sozialpsychologie auch eine verfeinerte Wissenssoziologie *außerhalb* des marxistischen ökonomischen Denkens bleiben wird. Wie immer dies motiviert sein mag, diese Haltung überläßt der ‚bürgerlichen‘ Wissenschaft einen Effizienzvorteil. Dieser Vorteil, der im Kern auf der Freiheit beruht, das eigene System kritisch zu durchdenken, *ohne* an Apologetik starr festhalten zu müssen, wird verständlicherweise gegenüber jeder Form von orthodoxem marxistischen Denken vorhanden sein, handle es sich nun um theoretische Vorstellungen, wie sie in der Sowjet-Union unter der Herrschaft von parteiergebenen Ideologen und Bürokraten entwickelt worden sind, oder um solche, die von den Dogmatikern der ‚Neuen Linken‘ außerhalb des Ostblockes vertreten werden, soweit sich diese auf die Marxismusdebatte etwa der Ära Hilferding/Luxemburg zurückziehen.

Der Anstoß des studentischen Protestes *hat* neben wünschenswerten bildungsstrukturellen Folgen *auch* die Konsequenz gehabt, die nicht-marxistische Ökonomie flexibler, kritischer und reflektierender gemacht zu haben. Offenbar haben einige Vertreter der ‚Neuen Linken‘ diesen Vorgang erkannt und sich aus der

großen Debatte bereits zurückgezogen. Die Orthodoxie, vornehmlich wenn sie sich als manirierte Renaissance kapitalismuskritischen Denkens erweist, stößt hier an ihre Grenzen und ruft flexible Gegenreaktionen hervor. Zudem haben die Impulse, die von den Vertretern der ‚Neuen Linken‘ ausgingen, unter anderem dazu geführt, die Einseitigkeiten, Disproportionen und Mängel auch der marxistischen politischen Ökonomie noch klarer herauszustellen, als es bis dahin geschehen konnte<sup>31)</sup>.

Der marxistische Ökonom ist darauf angewiesen, empirische Belege für sein fest konturiertes System zusammensuchen zu müssen, eine Folge des Eklektizismus seiner Annahmen und der von ihm untersuchten Zusammenhänge<sup>32)</sup>. Eine lockere Behandlung neu auftretender Phänomene muß ihm fremd bleiben. Die Zuordnung zum gewählten Erklärungsbild bleibt vorgegeben. So erklärt sich die Tatsache, daß die nicht-marxistische kritische Reflexion industrialisierter Gesellschaften tiefere Einsichten vermitteln kann als der klassische Marxismus. Dieser arbeitet weiter am Bilde eines Privatkapitalismus, dessen Züge sich seit der industriellen Frühzeit entscheidend gewandelt haben. So muß die marxistische politische Ökonomie nach immer neuen Erklärungsvehikeln Ausschau halten, wie etwa ihre ausschließlich auf privatwirtschaftliche Profitinteressen ausgerichtete Imperialismustheorie, die Unterscheidung in ‚absolute‘ und ‚relative‘ Verelendung und die Unterscheidung in ‚allgemeine‘ und ‚spezielle‘ Krise.

Zur Begrenztheit orthodoxen Denkens gehört auch, daß das Auftreten des aktiv wirtschafts-

<sup>31)</sup> Manches an diesem Vorgang erinnert an die Verhältnisse in der Sowjetunion während der zwanziger Jahre. Hierzu: A. Erlich, Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924—1928, Frankfurt/M 1972; K. Kühne, Ökonomie und Marxismus, Neuwied 1972.

<sup>32)</sup> J. M. Gillmann, Das Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate, Frankfurt/M — Wien 1971; Als Beispiel für eine undogmatische Behandlung wachstumspolitischer und gesellschaftspolitischer Fragen siehe: D. Schröder u. a., Wachstum und Gesellschaft. Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, Stuttgart 1971. Diese im Auftrag der Bundesregierung angefertigte Studie wird folgerichtig von der ‚Neuen Linken‘ als Godesberger Sozialdemokratismus eingestuft. Nicht mehr berücksichtigt werden konnte für den vorliegenden Beitrag die ausführliche Arbeit von Karl Kühne, Ökonomie und Marxismus, Neuwied 1972; von ihr erfuhr der Verfasser erst nach redaktionellem Abschluß des Manuskriptes.

und gesellschaftspolitisch engagierten Staates von den marxistischen politischen Ökonomen niemals anders als ein Machtzuwachs des Bürgertums begriffen worden ist, das nun auch noch die gesamte Apparatur der Wirtschaftspolitik, von der Gewerbe- bis zur Währungspolitik, in den Dienst ‚bürgerlicher‘ Interessen gestellt habe. Angesichts einer so weitmaschigen Behauptung gegenüber einem komplizierten Sozialsystem, wie es alle hochentwickelten Industriegesellschaften darstellen, muß naturgemäß die Beweisführung im einzelnen immer schwieriger werden. Die marxistische ökonomische Theorie stand dabei vor zwei Möglichkeiten: Entweder sie verzichtete auf differenzierte Beweise für die Interessengleichheit von Politik und Geschäft, von Macht und Profit und blieb bei ihrer generellen Anklage gegen das ‚Bürgertum‘ und ‚seine‘ Ökonomie, machte also Hintergrundmächte im Dunkeln für alle sozialen Unglücke verantwortlich, oder sie mußte bei jeder einzelnen Behauptung den Beweis antreten. Bekanntlich ist der Vulgärmarxismus den ersten Weg gegangen. Der anspruchsvollere Marxismus hat sich (wie die Arbeiten von Hallgarten, Vilmar, Lange oder Mandel zeigen) bemüht, der Behauptung einzelne Beweise folgen zu lassen. Wenn die Arbeiten marxistischer Ökonomen der letzten Jahre eines deutlich gezeigt haben, so dies, daß im Zeitalter von ‚Informationsüberschüssen‘, ‚Aufklärung‘ und ‚Gegenaufklärung‘, von Ansätzen zu neuer ‚Öffentlichkeit‘ und neuen Formen der Wissenschaftsorganisation allgemeine Hinweise auf die verderbliche Macht einer bürgerlichen Ökonomie nicht mehr befriedigen können, ebensowenig wie eine generelle Verdächtigung des Gesamtsystems.

Die Beweisführung auf marxistischer Seite, daß tatsächlich eine Verbindung zwischen Pri-

vatwirtschaft, Politik und bürgerlicher Ökonomie besteht, ist schwieriger geworden. Aber nicht etwa, weil die tatsächlichen Verhältnisse unübersichtlicher geworden wären (die Publizitätspflicht in der Wirtschaft ist seit der Weltwirtschaftskrise erheblich strenger geworden), sondern weil man komplizierten Verhältnissen nicht methodisch mit einem Instrumentenkasten entgegentreten kann, der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gepackt wurde.

Wenn Verbindungen zwischen ‚bürgerlicher‘ ökonomischer Denkweise und privatwirtschaftlich betriebener Kapitalakkumulation zur Debatte stehen, so ist vielmehr zu fragen, mit welchem Instrumentarium man optimal an diesen Komplex herangehen kann und welche operationellen Schlüsse aus empirischen Beobachtungen und analytischen Ergebnissen gezogen werden können. Hier wie im gesamten ökonomischen Problembereich lauten heute die erkenntniskritischen und methodischen Kernfragen:

*Was leistet die marxistische kapitalismuskritische politische Ökonomie, soweit sie an orthodoxen Stücken der originären marxistischen Ökonomie noch festhält?*

*Was leistet eine weiterentwickelte, ‚aufgeklärte‘ marxistische Ökonomie, insofern sie Mehrwerttheorie und privatwirtschaftliche Akkumulationstheorie als ausschließliche ökonomische Erklärungsinstrumente aufgibt?*

*Was leistet die überlieferte Wirtschaftswissenschaft mit ihrem breiten Fächer unterschiedlicher methodischer Verfahren?*

*Was leistet eine ‚neue‘ politische Ökonomie, die systemtheoretisch interdisziplinär vorgeht?*

# Wachstum und Überleben

## I.

Das Leben auf unserem Planeten ist eine zerbrechliche Angelegenheit, eine Art wunderbarer mikrobischer Aktivität, die auf der dünnen Haut aus Luft und Wasser und zerfallendem Gestein gedeiht, die das unbewohnbare Erdinnere von der Leere des Weltraums trennt. Die meiste Zeit in der Geschichte der Menschheit hat man das Vorhandensein dieser Umwelt als selbstverständlich angesehen, und die Anstrengungen des Menschen haben sich ihrer „Zähmung“ gewidmet, d. h. der Veränderung dieser lebensnotwendigen dünnen Schale auf verschiedene Weise, um uns so ein leichteres Überleben zu sichern. Nun sind wir mit betäubender Plötzlichkeit zu der Erkenntnis gekommen, daß die Umwelt keineswegs als selbstverständlich hingenommen werden kann, daß wir uns vielleicht sogar am Rande eines nicht wiedergutzumachenden Verschleißes befinden. Denn wenn die Berechnungen einer Gruppe von Sozialwissenschaftlern und Physikern korrekt sind, braucht es nur weitere fünfzig Jahre des Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Expansion mit den augenblicklichen Zuwachsraten, um zu einem Zusammenbruch unserer lebenserhaltenden Umwelt zu führen, was eine Massenhungersnot in einigen Gebieten, den industriellen Zusammenbruch in anderen, eine drastische Verkürzung der Lebenserwartung beinahe überall mit sich bringen würde.

Dieses erschreckende Drehbuch stammt ursprünglich aus der Arbeit von Jay Forrester und einem Team von Wissenschaftlern am Massachusetts Institute of Technology (MIT), die mit Hilfe von Modellen aus dem Computer die komplexen Wechselbeziehungen zwischen den menschlichen Aktivitäten und der Umwelt aufgezeigt haben. Die Modelle bilden die Grundlage zweier Alarmrufe für einen sofortigen Stopp der Zerstörung der Umwelt: „A Blueprint for Survival“<sup>1)</sup>, unterzeichnet

von etwa dreißig hervorragenden britischen Wissenschaftlern, und ein von der Werbung stark herausgestelltes und weitverbreitetes Buch: „The Limits of Growth“<sup>2)</sup>, ein Bericht mit Unterstützung des Club of Rome, eines internationalen „unsichtbaren College“ von siebzig Wissenschaftlern und Spezialisten. Im Grunde sagen uns beide Studien dasselbe, daß nämlich — wenn wir die lebenserhaltenden Fähigkeiten unserer äußerst wichtigen dünnen Schale aus Luft, Wasser und Erde erhalten wollen — das wirtschaftliche Wachstum so schnell wie möglich zu einem Stillstand gebracht werden muß. Die Hochrechnungen, auf denen die beiden Studien aufbauen, zeigen uns, daß selbst wenn das Bevölkerungswachstum innerhalb von zwei Generationen zum Stillstand käme, wir ferner „unerschöpfliche“ Rohstoffe entdeckten und dreiviertel der Verschmutzung, die wir erzeugen, beseitigten, ein anhaltendes industrielles Wachstum dennoch bereits zu Lebzeiten unserer Enkel zur Selbstzerstörung führen wird. Noch vor dem Jahr 2100 würde für die Erdbevölkerung eine Zeit des Rückgangs beginnen, die so dramatisch wie die in Europa während der Pest sein würde, aber keineswegs von so kurzer Dauer.

Dies ist ein Zukunftsbild von so überwältigender Größenordnung, daß man ihm schwerlich mit Distanz und ausgewogener Würdigung gegenüberstehen kann. In der Tat scheint das Gebot der Stunde nicht Distanz, sondern ein Ruf zu den Waffen zu sein — oder vielmehr zu dem Sofortprogramm, wie es von den Wissenschaftlern des „Blueprint“ und der „Grenzen des Wachstums“ beschrieben wird. Jedoch, in voller Erkenntnis des Ernstes der Lage, würde ich einen anderen Weg vorschlagen. Zwar ist das Rezept, das ich entwerfe, nicht weniger ernüchternd als das der Anti-Wachstums-Schule, aber, wie wir sehen werden, führt es zu einer ganz anderen Strategie für unsere Zeit.

---

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber nachgedruckt aus FOREIGN AFFAIRS, Oktober 1972. Copyright by the Council on Foreign Relations Inc., New York.

Übersetzung: Therese Müller, Flensburg.

---

<sup>1)</sup> A Blueprint for Survival, in: The Ecologist, Januar 1972

<sup>2)</sup> Dennis Meadows u. a.: The Limits of Growth, New York 1972; deutsche Ausgabe: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

## II.

Ich möchte damit beginnen, daß ich kurz einige der Entwicklungen und Fakten, die zu dem jüngsten leidenschaftlichen Ruf nach einem Wachstumsstopp geführt haben, aufzeige. Das erste dieser Fakten ist nun schon so allgemein bekannt, daß es vielleicht seine Fähigkeit zu schockieren verloren hat, aber es muß trotzdem unser Ausgangspunkt sein. Es ist das erschreckende Anwachsen der Bevölkerung mit einer Verdopplungszeit von dreißig Jahren. Während die Weltbevölkerung heute noch auf drei bis fünf Milliarden geschätzt wird, wird sie sich in weniger als einem Jahrhundert nahe an die 28-Milliarden-Marke drängen — ich sage „drängen“, weil keine Schätzung, die ich gesehen habe, sich gleichzeitig eine Zunahme der Nahrungsmittelproduktion vorstellen kann, die ausreichen würde, eine solche Menschenmenge zu ernähren.

Natürlich berücksichtigt dies nicht die mögliche Bremswirkung der Geburtenkontrolle. Es besteht eine zunehmende Übereinstimmung darüber, daß das Bevölkerungswachstum bei den Industrienationen bis zum Jahr 2000 zum Stillstand gebracht werden kann, und es ist möglich, daß sich die Nettoproduktionsrate in den Entwicklungsländern (wo sich die Bevölkerung noch alle achtzehn bis zwanzig Jahre verdoppelt) innerhalb von zwei Generationen auf Null bringen läßt. Weil aber ein so hoher Anteil der Bevölkerung in diesen Gebieten noch nicht im gebärfähigen Alter ist, wird unglücklicherweise sogar das Absinken der Nettoproduktionsrate auf den Nullpunkt — annähernd ein weibliches Kind je Ehepaar — nicht das gesamte Bevölkerungswachstum in diesen Gebieten auf Null bringen, da für einige Zeit immer größere Mengen von Kindern das Fruchtbarkeitsalter erreichen. Bestenfalls werden wir dann nach Schätzung der Demographen „nur“ eine Erdbevölkerung von fünfzehn Milliarden im Jahre 2060 haben. Tatsächlich kann die Zahl viel größer sein.

Die Bevölkerungsexplosion führt uns zu den ‚technischen‘ Problemen der Kapazität der Erde — ich erwähne nicht solche grundlegende sozialen Probleme wie das Krebswachstum der Städte oder die psychologischen Effekte der Überfüllung. Das erste dieser technischen Probleme ist, daß sich unsere Rohstoffe erschöpfen, die nötig sind, um das augenblickliche Tempo der industriellen Expansion aufrechtzuerhalten. Seltsamerweise ist dies kein Problem, das unmittelbar mit dem Bevölke-

rungswachstum verbunden ist, denn die große Masse industrieller Aktivität in der Welt konzentriert sich in den fortgeschrittenen Gebieten, wo das demographische Problem am wenigsten schwerwiegend ist. Industrielle Expansion in den fortgeschrittenen Nationen wächst heute mit einer Rate von etwa sieben Prozent im Jahr, einer Rate, die die Gesamtproduktion alle zehn Jahre verdoppelt. Wenn wir deswegen fünfzig Jahre vorausschauen, ist es wahrscheinlich, daß die industrielle Produktion, wenn sie sich der bestehenden Techniken bedient, um die exponentielle Zahl 5 zugenommen hat, d. h. sich in zehn Jahren verdoppelt, in zwanzig vervierfacht, in dreißig veracht-facht usw. Jeder, der vertraut ist mit der Wirkung des Zinseszins, wird diese Kurve als eine solche erkennen, deren Ansteigen noch steiler werden wird.

Können wir die industrielle Megamaschine, die diese Hochrechnungen zeigen, füttern? Die folgende Tabelle, auf der die Anti-Wachstums-Schule ihre Argumente aufbaut, zeigt, daß wir es nicht können:

| Rohstoffart             | Jahre, für die die Vorräte bei der gegenwärtigen Wachstumsrate ausreichen | Jahre . . . , wenn die Reserven das Fünffache betragen |
|-------------------------|---|--|
| Aluminium               | 31  | 55   |
| Kohle                   | 111   | 150  |
| Kupfer                  | 21  | 48   |
| Eisen                   | 93  | 173  |
| Blei                    | 21  | 64   |
| Mangan                  | 46  | 94   |
| natürliche Gasvorkommen | 22  | 49   |
| Petroleum               | 20  | 50   |
| Silber                  | 13  | 42   |
| Zinn                    | 15  | 61   |
| Wolfram                 | 28  | 72   |

Die Tabelle (die hauptsächlich auf Schätzungen des U. S. Bureau of Mines basiert) macht zwei erschreckende Dinge deutlich. Erstens gibt es

<sup>3)</sup> Vgl. Die Grenzen des Wachstums, a. a. O., S. 46 bis 48.

nach bestehenden Schätzungen nicht genug Rohstoffe — mit Ausnahme einiger weniger wie Kohle und Stahl —, um eine industrielle Expansion mit einer Rate von sieben Prozent im Jahr für auch nur annähernd fünfzig Jahre — von einem Jahrhundert gar nicht zu sprechen — ungehindert fortfahren zu lassen. Lange vor diesem Zeitpunkt würde die Erschöpfung erst eines und dann eines anderen „kritischen“ Rohstoffes die Wachstumskurve zum Stillstand gebracht haben. Danach zeigen die MIT-Computermodelle, daß die industrielle Produktion abrupt in eine Phase steilen und ausgedehnten Abfalls eintritt.

Zweitens macht die Tabelle deutlich, daß sogar sehr beträchtliche Zunahmen bei der Entdeckung neuer Rohstoffquellen, wie es die fünffache Vergrößerung in der rechten Spalte zeigt, nur beunruhigend kleine Zeitgewinne bringen, über die eine exponentiell wachsende industrielle Produktion aufrechterhalten werden könnte. Wie wir sehen werden, erscheint das Problem der erstaunlichen Geschwindigkeit, mit der eine exponentielle Serie jede gegebene endliche Grenze erreicht, immer wieder in den Warnungen der Umweltforscher. Soweit die Rohstoffe betroffen sind, enthält diese Tatsache einen ernsten Hinweis, nicht zuviel von der Möglichkeit zu erwarten, sich nicht regenerierende Rohstoffe wieder in Umlauf zu bringen, was — wie die Entdeckung neuer Vorkommen — nur einen begrenzten Zuwachs von neuen Rohstoffen einbringt.

Ein noch ernsterer Aspekt im Zusammenhang mit dem Problem des industriellen Wachstums betrifft etwas anderes als die Fähigkeit der Erde, Rohstoffe bereitzustellen, nämlich deren Möglichkeit, die Rückstände und Abfallstoffe, die gefährlichen Produkte und Nebenprodukte industrieller Produktion, zu absorbieren — in einem Wort: die Fähigkeit der Erde, der Verschmutzung zu widerstehen. „Umweltverschmutzung“ ist ein Begriff, der viele Arten von unerwünschten direkten oder indirekten Wirkungen ökonomischer Aktivität einschließt. Es gibt Umweltschäden, die Belästigungen sind, wie z. B. Lärm und wilde Müllplätze, und solche, die örtlich beschränkt sind: der Erie-See mag „tot“ sein, aber seine Leiche bleibt innerhalb seiner geographischen Grenzen. Auf der anderen Seite gibt es die tödliche Verschmutzung — wie z. B. Strahlung — und Verschmutzung, die weltweit verbreitet ist — z. B. hat das Blei, das von amerikanischen und europäischen Wagen in die Luft abgelassen wird, innerhalb der letzten dreißig Jahre zu

einer Verdreifachung des Bleigehaltes im Inlandeis von Grönland geführt.

Es ist diese zweite Gruppe der Umweltschäden, auf die die Umweltforscher ihre Aufmerksamkeit konzentrieren. Viele Beispiele sind allgemein bekannt, obwohl deswegen nicht weniger erschreckend. Eine nun schon bekannte Behauptung ist, daß die Milch der meisten Mütter in den Vereinigten Staaten so viel DDT enthält, daß der Handel über Staatsgrenzen verboten wäre, wenn sie als Kuhmilch verkauft würde. Weniger bekannt, aber von nicht geringerer Bedeutung sind die Wirkungen der Nitrate und Phosphate, die durch Kunstdünger in der Erde abgelagert werden. Besonders Nitrate dringen in die Wasserversorgung ein und werden dann im menschlichen Körper zu Nitriten umgewandelt, die Kindersterblichkeit hervorrufen. Künstdünger verursacht auch das Auslaugen des Bodens und führt zu einer Eutrophie, einer Übersättigung der Gewässer, in die er sickert, was ein starkes Algenblühen und den Tod vieler Lebewesen im Wasser zur Folge hat.

Von zentraler Bedeutung für Argumente gegen wirtschaftliches Wachstum ist, daß auch diese tödlichen und über die ganze Erde verbreiteten Schadstoffe exponentiell anwachsen — gleichzeitig mit dem industriellen Wachstum und als sein direktes Resultat. Später werden wir die Möglichkeit haben, einige der Vermutungen, die die Grundlage für diese Behauptung bilden, zu untersuchen. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Umweltverschmutzung letztlich der Todfeind in den Augen der Anti-Wachstums-Schule ist. Denn es gibt gewisse Arten von Umweltbelastungen, die nicht vermieden werden können, wenn man nicht weitreichende Veränderungen in unserer industriellen Technologie in Kauf nehmen will, und eine Art, die von keiner bekannten oder vorstellbaren Technologie vermieden werden kann.

Zur ersten Art gehört der Verschmutzungseffekt durch den Verbrennungsvorgang, die zentrale Energiequelle auf der ganzen Welt heute. Als Ergebnis der Verbrennung von gewaltigen Ausmaßen, durch die der industrielle Mechanismus in Gang gehalten wird, steigt der Anteil von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre ständig an. Extrapolierend von der gegenwärtigen Entwicklung können wir voraussagen, daß er in den nächsten dreißig Jahren um etwa dreißig Prozent zunehmen wird. Die Wissenschaftler sind unsicher, in jedem Fall aber beunruhigt, ob die veränderte Zusammensetzung die

lebenswichtigen Fähigkeiten der Atmosphäre, Wärme zu speichern, beeinflussen kann. Auf die Dauer fürchten sie auch die langsame Erschöpfung des Sauerstoffvorrates selbst. Heute verbrauchen die Vereinigten Staaten bereits mehr Sauerstoff, als ihre Grünbedeckung regenerieren kann. Dies ist ein Prozeß, der sehr lange, aber nicht ewig andauern kann, besonders nicht, wenn die ganze Welt das industrielle Niveau der USA erreichte.

Noch verhängnisvoller ist das Problem der Wärmeerzeugung, die notwendig mit der Erzeugung von Energie in jeglicher Form verbunden ist. Die Professoren Pirages und Ehrlich haben kürzlich auf folgendes hingewiesen: Wenn die 750 Millionen Menschen, die heute

das chinesische Festland bewohnen, den gleichen Energieverbrauch pro Kopf wie die Amerikaner hätten, würde in bestimmten Gebieten soviel Wärme freigesetzt, daß es zu „größeren, unvorhersehbaren Auswirkungen“ auf das Klima kommen könnte. Vergrößern wir diese Warnung maßstäblich, um die fünfzehn Milliarden zu berücksichtigen, die vielleicht nach drei Generationen die Erde bewohnen werden, sind wir gezwungen, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß eine Wärmeerzeugung, die dem amerikanischen Standard entspricht, bei diesem Bevölkerungsstand zu einer Umweltkatastrophe führen könnte, die etwa — umgekehrt — mit dem Beginn der Eiszeit zu vergleichen wäre.

### III.

Angesichts dieser überwältigenden Fakten ist es nicht einfach, eine distanzierte und abwägende Haltung zu erreichen. Es könnte uns deswegen helfen, wenn wir das Wachstum von einem anderen Blickwinkel aus betrachten — wobei wir für einen Augenblick seine zerstörerische Wirkung außer acht lassen und statt dessen seine konstruktiven Begleiterscheinungen betonen.

Das bringt uns zurück zur Bevölkerungsexplosion, die uns den ersten Zugang zum ökologischen Problem verschaffte. Nimmt man die Minimalzahl von fünfzehn Milliarden nach einem Jahrhundert, so stehen wir vor einem Problem der Menschheit, das sofort das Wachstum in eine völlig neue Perspektive rückt. Denn es macht deutlich, daß jede Anstrengung für ein Nullwachstum der industriellen Produktion heute tatsächlich eine Entscheidung bedeuten würde, die kommende Bevölkerung ihrer Existenzmöglichkeit zu berauben. Solch eine Entscheidung könnte eine sehr schnelle „Lösung“ des Problems aufdrängen, aber es würde die Lösung des Verhungerns sein. Da der größte Teil der zukünftigen Bevölkerung der kommenden Generationen in die unterentwickelten Gebiete gezwängt sein wird, zeigt die Voraussage außerdem auch, daß die industrielle Produktion in diesen Gebieten schneller wachsen muß als die Bevölkerung, wenn die Milliarden, die noch geboren werden, jemals einen Lebensstandard erreichen sollen, der besser ist als der, den sie heute „genießen“.

Wenigstens ein Hinweis auf die Größe des notwendigen Wachstums kann gewonnen werden, wenn man das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Portugal — kaum eine Nation, die für ihren hohen materiellen Lebensstandard bekannt ist — mit dem der unterentwickelten Gebiete vergleicht. 1966 betrug das Bruttosozialprodukt pro Kopf in Portugal 529 Dollar; in Ost- und Südostasien (ohne Japan) waren es 114 Dollar; in Afrika südlich der Sahara; (ohne Rhodesien und die Südafrikanische Union) unter 100 Dollar. Wenn also die ärmsten zwei Drittel der künftigen Bevölkerung nicht nur einfach existieren, sondern auf das Niveau eines portugiesischen Bauern gebracht werden sollen, wird die Produktion in den unterentwickelten Ländern um das Zwölf- bis Fünfzehnfache ansteigen müssen: zunächst um das Dreifache, um eine wahrscheinlich dreimal so große Bevölkerung zu versorgen, und dann noch einmal um das Vier- bis Fünffache, um jeden dieser neuen Einwohner ein Einkommen auf portugiesischem Niveau zu verschaffen.

Zugegeben, Zahlen wie diese müssen mit großer Vorsicht behandelt werden. Das Bruttosozialprodukt ist ein sehr unzulänglicher Indikator für menschliches Wohlbefinden. In vielen der unterentwickelten Länder könnte die Lebensqualität entscheidend dadurch verbessert werden, daß man einfach für stabile und gerechte Regierungen und ökonomische Systeme sorgt, das Analphabetentum abschafft und die öffentliche Gesundheitsfürsorge, die die Geburtenkontrolle und die Behebung von Ernährungsmängeln einschließen müßte, stark

verbessert. Diese Veränderungen werden sich wahrscheinlich nicht in dem Maße in Veränderungen des Bruttosozialprodukts spiegeln, wie es die Zunahme der Stahlproduktion täte, obwohl ihre Bedeutung unvergleichbar größer sein könnte und ihre Ansprüche an die Umwelt unvergleichbar geringer. Deshalb darf man nicht annehmen, daß das notwendige Steigen des Lebensstandards unweigerlich eine Umweltzerstörung zur Folge hat.

Jedoch mit all diesen Einschränkungen macht die Tatsache eines unbarmherzigen Anwachsens der Bevölkerung — und die Hoffnung auf ein Steigen ihres materiellen Verbrauchs — eine starke Zunahme der Produktion unvermeidbar. Eine vermehrte Herstellung von Nahrungsmitteln, Textilien und des einfachen Wohnungsbaus wird notwendig sein, um die künftigen Milliarden in den Entwicklungsländern am Leben zu erhalten, wenn nicht sogar ihre Lage zu verbessern. Dies verlangt dann wieder die Produktion großer Mengen von Dünger, Stahl, Zement, Ziegelsteinen und Holz mit all den Umweltproblemen, die wir kennen. Diese riesige — wenn auch in ihrem Umfang noch unbestimmte — dringend erforderliche Produktionssteigerung sollte uns zwingen, noch einmal darüber nachzudenken, ob „industrielles Nullwachstum“ wirklich wünschenswert ist.

Nun sollen die Forderungen nach Wachstum, die aus der industrialisierten Welt stammen, hinzugefügt werden. Wir könnten natürlich versucht sein, den moralischen Wert dieses Wachstums auf vielen Teilgebieten zu bestreiten. Brauchen wir mehr Luxusgüter pro Kopf? Würde nicht unsere eigene Lebensqualität stark verbessert durch eine Zunahme nicht-materieller „Güter“ oder durch die Neuverteilung dessen, was wir schon besitzen? Wie wichtig auch diese Fragen sein mögen, so sind sie doch so unbedeutend für das Umweltproblem wie Fragen zur „Moralität“ der zu erwartenden Bevölkerungszunahmen im Osten und Süden. Wofür wir uns interessieren — sowohl im Hinblick auf die Bevölkerung als auch auf die Industrieproduktion — ist der Zustand, zu dem sich die Welt bei der enormen Trägheit ihrer gegenwärtigen sozialen Kräfte entgegendrängen wird. Jede realistische Schätzung sagt uns, daß genauso, wie die Bevölkerung ungeheuer anwachsen wird, wenn diese Bevölkerung am Leben erhalten werden kann, es auch starke Zunahmen in der industriellen Produktion geben wird, wenn diese Produktion möglich ist. Die Frage ist dann, ob wir die

Rohstoffe und die Absorptionsfähigkeit haben, um diese steigenden Tendenzen zum Zuge kommen zu lassen.

Das führt uns zurück zur Frage nach den Grundrohstoffen, deren Vorkommen, wie wir erkannt haben, in alarmierender Weise begrenzt ist. Bedeuten diese Grenzen, daß potentiell industrielles Wachstum durch die Erschöpfung der Rohstoffquellen gedrosselt wird — so wie die Kurve des potentiellen Bevölkerungswachstums durch die Erschöpfung der Nahrungsquellen fallen kann?

Ehe wir vorschnell diesen düsteren Schluß ziehen, müssen wir die Tatsache selbst — oder vielmehr die Fakten, auf die sich die Tabelle stützt — noch einmal untersuchen. Hier ist die erste wichtige Überlegung, daß diese „Fakten“ (die grundlegenden Daten der verfügbaren Rohstoffe) sehr unsicher sind. Mit der möglichen Ausnahme einiger weniger Vorkommen (wie z. B. Erdgas innerhalb der kontinentalen Grenzen der Vereinigten Staaten) haben wir nur sehr ungenaue Kenntnisse über die vollen Ausmaße der Rohstoffvorkommen der Welt. In Wirklichkeit läßt die Tatsache, daß während vieler vergangener Jahrzehnte jede Generation am Ende ihrer Wachstumsperiode über mehr „nachweislich“ vorhandene Reserven vieler Rohstoffe verfügte als zu Beginn, vermuten, daß die Größe unserer „bekannten“ Reserven hauptsächlich durch die Anstrengungen bestimmt wird, die wir in ihre Suche investieren. In der Sowjetunion z. B. ist der große sibirische Subkontinent kaum erforscht: Ein russischer Wissenschaftler schätzte kürzlich, daß Sibirien für „tausend Jahre“ den russischen Rohstoffbedarf decken könnte. Genauso ist der südamerikanische Kontinent noch weitgehend terra incognita und könnte so viel unerwarteten Reichtum offenbaren wie z. B. die reichen Ölvorkommen in Alaska oder die libyschen Ölfelder, beides riesige Reservoirs, die erst im letzten Jahrzehnt entdeckt wurden. So könnte eine „optimistische“ Schätzung der verfügbaren Rohstoffe in Wirklichkeit nicht das Fünffache der gegenwärtigen Schätzung betragen, sondern das Zehn- oder Fünfzigfache. Das rettet die Welt nicht vor dem Problem des exponentiellen Pro-Kopf-Wachstums, aber es schiebt eine mögliche katastrophale Entwicklung um ein oder zwei Generationen auf.

Zweitens müssen wir eine technologische Realität, die die Tabelle nicht wiedergeben kann, in unsere Betrachtungen einbeziehen. Es handelt sich um die gegenseitige Ersetzbarkeit der

Rohstoffe. Z. B. ist es sehr wahrscheinlich, daß wir unsere Reservoirs von Erdgas und Erdöl in einer Generation ausbeuten werden. Jedoch zeigt die Tabelle nicht die Möglichkeit (und die Anti-Wachstums-Wissenschaftler diskutieren sie nicht), zu anderen Quellen fossilen Öls überzuwechseln, wie z. B. den enormen Reserven von Schieferöl, die die Welt besitzt. Analog sollten wir uns ins Gedächtnis rufen, daß wir heute unsere Stahlindustrie mit minderwertigen Erzen füttern, die vor fünfzig Jahren, als die „Mesabi Range“ noch ihre hochwertigen Erze hergaben, nicht einmal als potentielle „Reserven“ angesehen wurden. So verschiebt auch die Ersetzbarkeit den Tag der Katastrophe um eine unbestimmte, aber möglicherweise ganz beträchtliche Zeit.

Das Zurückdrängen der Zeitgrenze ist von großer Bedeutung im Hinblick auf das Rohstoffproblem. Denn möglicherweise hat die Erde Rohstoffvorkommen — unbeschränkt wenigstens in bezug auf die Bedürfnisse ihrer mikrobischen Oberfläche — in den Mineralien, die in ihrem Gestein und im Meerwasser eingeschlossen sind. Mit ausreichender Energie, welche die Kernspaltung uns zu versprechen beginnt, könnten wir buchstäblich die Steine „schmelzen“ und jede Substanz durch synthetische Prozesse neu bilden. Sicherlich würden solche Prozesse die Verarbeitung enormer Mengen von Meerwasser oder Granit erfordern, mit den damit verknüpften Problemen der Abfallbeseitigung und der thermischen Umweltverschmutzung. Aber in Anbetracht ausgesprochener Engpässe in der Versorgung verspricht die entferntere Zukunft mehr, als die Schule der Wachstumsgegner preisgibt.

Die grundlegende Frage also, wenn wir die letzten möglichen Rohstoffquellen von Meerwasser und Granit betrachten, ist, wie lange wir brauchen werden, bis wir im Besitz der nötigen Energie und Techniken sind, um diese alchemistischen Möglichkeiten Wirklichkeit werden zu lassen. Ich weiß nicht, welche Zeitspannen diesen Zielen eingeräumt werden müssen, aber von den Antworten wird die Rate abhängen, mit der wir gefahrlos „Rohmaterialien“ aufbrauchen können, ehe wir zu den synthetischen überwechseln müssen.

Wenn eine wissenschaftliche Übereinstimmung darüber besteht, daß Fusionsenergie für eine „unbestimmte“ Zeit unwahrscheinlich ist (wir wissen, daß sie nicht unmöglich ist), werden wir uns damit abfinden müssen, Rohstoffe nur

in einem Umfang zu verbrauchen, der mit der Spaltungsenergie vereinbar ist. Wenn unsere Wissenschaftler sich einig sind, daß wir „Generationen“ brauchen werden, um bestimmte Probleme der synthetischen Chemie zu lösen, dann werden wir sorgfältig mit jenen Substanzen haushalten müssen, deren Vorrat auf die Mengen beschränkt sein wird, die wir jährlich aus den industriellen Prozessen herausziehen und wiederverwenden können. So hängen die Rohstoffprobleme letztlich von unseren wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten ab. Geht man von der Vergangenheit aus, wäre es nicht weise, diesen Fähigkeiten gegenüber eine pessimistische Haltung einzunehmen. Denn wenn es einen Faktor gibt, der endgültig unser Wachstum von den Produktionsmitteln her begrenzt, ist es unser Reservoir von wissenschaftlichen und technologischen Kenntnissen; und die Kurve dieser Quelle steigt ständig ohne Anzeichen für eine Grenze.

Aber wie steht es mit den Schranken, die uns durch die Schadstoffe gesetzt sind? Hier liegen, wie ich bereits gesagt habe, diejenigen Wachstumsgrenzen, die unter den von den MIT-Studien aufgestellten am ernstesten zu nehmen sind. Jedoch zeigt sich eine gewisse Willkür in ihrer Sorge um die Schadstoffe. Die Modelle, die den „Kollaps“ in fünfzig oder hundert Jahren zeigen, nehmen „großzügig“ an, daß wir die Umweltverschmutzung um den Faktor 4 vermindern können. Warum nicht um 40 oder 400? An dieser kritischen Stelle bietet die Anti-Wachstums-Schule überhaupt keine Beweise. Könnte man jedoch nicht plausibel argumentieren, daß die Technologie des Umweltschutzes ihre Wirksamkeit exponentiell mit dem Wachstum steigert?

Schließlich bleiben uns unbestreitbar die Langzeitprobleme des Kohlendioxyds und der Abwärme. Ersteres könnte durch den Wechsel von Verbrennungsprozessen zur Kernspaltung oder Kernverschmelzung vermieden werden; das letztere bleibt ein schwieriges Problem. Es wäre jedoch nur fair, hinzuzufügen, daß dieses Problem ungewiß ist. Die Messungen der Temperaturschwankungen in der Erdatmosphäre sind ungenau; wir besitzen nicht einmal sehr präzise Kenntnisse über die relativen Wirkungen der thermischen Umweltverschmutzung des Menschen, verglichen mit der der Natur — es gibt schließlich Vulkane, heiße Quellen und Ströme und die ständige Wärmeinstrahlung der Sonnenenergie. Obwohl es

also genug Gründe gibt, vorsichtig zu sein, ist Panik kaum angezeigt. „Der prinzipielle Mangel der industriellen Lebensweise mit ihrem Ethos der Expansion“ beginnt „A Blueprint for Survival“, „ist, daß sie nicht beibehalten wer-

den kann“. Am Ende kann diese Anklage mit ihrer Betonung der exponentiellen Rate nicht verworfen werden. Dieses Ende ist wahrscheinlich noch weit entfernt. Die Frage ist dann, was man jetzt tun soll.

#### IV.

Die Autoren des „Blueprint“ und der „Grenzen des Wachstums“ haben eine sehr klare Vorstellung, was man jetzt tun soll: Wir müssen uns mit restlosem Einsatz dafür engagieren, ein Nullwachstum der Bevölkerung und der Industrie so schnell wie möglich zu erreichen. Um zu diesem Ziel zu kommen, müsse jedes technologische Mittel, Abfall zu reduzieren, die verfügbaren Rohstoffe durch Wiederverwendung zu vermehren und die Umweltverschmutzung zu verringern, mit allen Kräften vorangetrieben werden. Aber letztlich sei es vor allem erforderlich, eine Gesellschaft zu schaffen, in der sowohl die Größe der Bevölkerung als auch das Kapital stabil sind. In einem Wort, die einzige Lösung für ökologisches Gleichgewicht sei ein Zustand ohne Wachstum.

Aus zwei Gründen ist dies eine sehr seltsame Lösung. Der erste Grund, dem die Studien nur flüchtige Aufmerksamkeit zollen, ist, daß ein „stillstehender“ Zustand — einer, in dem industrielles Wachstum aufgehört hat — nicht notwendig eine Gesellschaft im ökologischen Gleichgewicht sein würde. Das ist so, weil eine Gesellschaft „stillstehen“ und trotzdem weiter die Umwelt verschmutzen kann. Tatsächlich wird nach den Annahmen des MIT-Modells auch ein stationärer Zustand noch sich selbst ersticken, obwohl er etwas länger dazu brauchen wird.

Der zweite Grund ist, daß ein derartiger Zustand der Bevölkerung in den Entwicklungsländern große Belastungen auferlegen und andererseits erhebliche Anforderungen an die industrialisierte Welt stellen würde. Unter der Annahme jedoch, daß ein weiteres Wachstum möglich wäre und dabei mehr Getreide, mehr Verbrauchsgüter produziert werden würde, ohne die Umweltverschmutzung zu vergrößern — dadurch, daß neues und besseres Saatgut oder saubere Herstellungsverfahren entdeckt werden: Würde es dann irgendeinen Grund geben, den Armen — oder sogar den Reichen — mehr Lebensmittel und mehr Verbrauchsgüter zu verweigern? Ich

kann mir keinen denken, und ich vermute, daß es die Mitglieder der Anti-Wachstums-Schule auch nicht können.

Daraus ergibt sich eine sehr wichtige Schlußfolgerung. Wie die MIT-Modelle selbst zeigen, ist es nicht das „Wachstum“, das der Todfeind ist, sondern die Umweltverschmutzung. Das Programm der Ökologen sollte sich deswegen nicht gegen das Wachstum richten, sondern nur gegen umweltzerstörendes Wachstum. Jede technologische Veränderung, die die Produktion erhöht, ohne Luft, Wasser und Erde weiteren Schaden zuzufügen, jede technologische Veränderung, die es uns möglich macht, die Produktion durch einen Wechsel von einer weniger ergiebigen zu einer ergiebigeren Rohstoffquelle (wiederum ohne eine Zunahme der Verschmutzung) zu steigern, stellt ein *sicheres* Wachstum dar und sollte begrüßt werden.

Der Wert, der der Suche nach „Heilmethoden“ für die Umweltverschmutzung, für die Erschöpfung der Rohstoffquellen und für das Bevölkerungswachstum beigemessen wird, stellt die Technologie klar in eine Schlüsselposition. Darauf antworten die Wissenschaftler des MIT, daß ein zu starkes Vertrauen auf die Technologie uns davon ablenke, wirksame Aktionen gegen das Wachstumsproblem zu unternehmen. Stimmt das? Angenommen, die Wachstumsgegner unter den Wissenschaftlern haben recht, und daß sie ihre Kollegen auf der ganzen Welt überzeugen, daß der Zusammenbruch nach einer oder zwei Generationen unvermeidbar sei, wenn nicht schon heute ausreichende Maßnahmen zur Abhilfe unternommen werden. Welcher Art würden diese Maßnahmen sein?

Von der unterentwickelten Welt würden wir sicherlich verlangen, daß eine auf Zwang beruhende Geburtenkontrolle eingeführt wird, die auf eine negative Nettoerproduktionsrate zielt (d. h. nur ein Kind — nicht ein weibliches Kind — pro Familie), und von den fortgeschrittenen Ländern scharfe Maßnahmen verlangen, um ein sofortiges Nullwachstum der Bevölkerung zu erreichen. In den Entwick-

lungsländern würden wir die grüne Revolution mit ihrer Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion, die nur auf Kosten riesiger, umweltschädlicher Kunstdüngergaben erkaufte werden könnte, stoppen; in der entwickelten Welt würden wir notwendigerweise das Abnehmen der Nahrungsmittelproduktion als Folge eines Verbots von Kunstdünger beschleunigen. In den bedürftigsten Ländern könnte vielleicht eine weitere Industrialisierung erlaubt werden: einige wenige Stahlwerke in Asien und Afrika; im Westen würde ein absoluter Stopp für Kapitalbildung nötig sein.

Ich könnte die Liste der Einzelheiten verlängern, aber das hätte wenig Sinn. Denn es ist klar, daß die Auferlegung eines solchen Programms weit außerhalb unserer vorhandenen politischen und sozialen Möglichkeiten liegt. Welcher asiatische, afrikanische oder südamerikanische Politiker würde, auch wenn er mit sämtlichen wissenschaftlichen Beweisen konfrontiert wird, solch ein Programm für sein Volk gutheißen? Welcher westliche Staatsmann würde ein Programm sofortiger Entsaugung befürworten, um ein Unheil abzuwenden, das noch wenigstens ein Jahrhundert entfernt ist?

Worum es hier geht, ist mehr als der offensichtliche Widerstand, auf den solche Maßnahmen bei den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Institutionen stoßen würden. Es ist auch eine Sache unserer persönlichen Bereitschaft, jetzt Opfer für das Wohlbefinden unserer ungeborenen Nachkommenschaft auf uns zu nehmen. Ich frage mich z. B., wie viele der über hundert Unterzeichner des „Blueprint“ oder der „Grenzen“ ihre Autos verkauft haben oder nie ein Taxi nehmen. Ich frage mich, wie viele sich von allen nicht notwendigen technischen Errungenschaften in ihren Wohnungen getrennt haben, beide Seiten des Papiers benutzen, wenn sie ein Manuskript tippen, nur einmal am Tag die Spülung ihrer Toilette benutzen und ganz allgemein ein so spartanisches Leben führen, wie es zu einem Programm der wirtschaftlichen Beschränkungen, das sie verlangen, gehört.

In einer anders beschaffenen Gesellschaft könnte eine solche Identifizierung mit künftigen Generationen möglich sein. Es ist nicht leicht, sie in unserer eigenen zu finden. Natürlich weiß ich, daß ein Anfang gemacht ist.

Einige giftige Produkte sind verboten, Gesetze sind gegen die Umweltverschmutzung erlassen. Die Sorge um die Ökologie ist zum festen Bestandteil jeder politischen Rede geworden. Aber gemessen an der Größe der Aktion, die von den Anti-Wachstums-Wissenschaftlern gefordert wird, ist das, was man getan hat, völlig unzureichend. Maßnahmen zum Umweltschutz werden von mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen bekämpft und umgangen. Die Entscheidung über die Größe der Familie ist vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zur „persönlichen Angelegenheit“ erklärt worden. Die oberflächlichste Inspektion unserer Landschaft oder Städte zeugt für die mangelnde Sorge um unsere eigene Generation, von kommenden Generationen ganz zu schweigen.

Das Problem, dem die Anti-Wachstums-Schule aus dem Weg geht, ist mit anderen Worten, wie man den gesellschaftlichen Willen mobilisiert — wie man uns dazu bringt, bestehende Technologien gegen den Widerstand von verschanzten Interessengruppen ebenso wie von gewöhnlichen Leuten anzuwenden. Zu einer Reaktion in dem Maßstab, den diese Wissenschaftler vorschlagen, fürchte ich, nur ein Weg: über das entsetzliche Erscheinen der Anfangsstadien der ökologischen Katastrophe. Eine Temperaturumkehr, durch die einige tausend Menschen in New York oder Tokio umkommen, kann veranlassen, daß Autos und Rauch aus diesen Städten verbannt werden; eine erschreckende Steigerung der Kindersterblichkeit, die auf Kunstdünger auf Nitratbasis zurückzuführen wäre, könnte wirksame Verbote für chemische Bodenzusätze bringen. Außer wenn wir durch solch furchtbare Dinge angespornt werden, glaube ich nicht, daß die Geschwindigkeit des industriellen Wachstums aus Gründen des Umweltschutzes entscheidend verlangsamt oder daß die Überbelastung der Umwelt entscheidend verringert wird. Wenn ich also schließlich auf die „Technologie“ vertraue — damit meine ich die Suche nach Ausweitung der Rohstoffquellen und nach Techniken, die die Umweltverschmutzung eindämmen, auch wenn sie für lange Zeit ungenutzt bleiben —, so geschieht das, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß etwas anderes uns eher bei der Lösung des Problems, die eines Tages unumgänglich sein wird, helfen könnte.

Das bringt uns schließlich zu dem grundlegenden Problem, daß innerhalb eines geschlossenen Systems ein ständig steigendes Volumen von Schadstoffen enthalten ist; hier haben die Wissenschaftler recht. Wie ‚schwarzseherisch‘ auch die Daten sein mögen, auf denen ihre Modelle basieren, wie naiv auch ihr Ruf nach einem in seiner Größenordnung unerreichbaren sozialen Wandel sein mag — wobei sie zudem nicht angeben, wie sie ihr Ziel ansteuern wollen —, so kann man doch eines nicht, nämlich ihre Behauptung widerlegen, daß die exponentiellen Kurven des menschlichen und des industriellen Wachstums früher oder später die begrenzten Fähigkeiten der Biosphäre übersteigen werden, was mit einem furchtbaren Absinken der Bevölkerungszahl und der Lebensqualität verbunden sein wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Gnadenfrist bis zur Zeit der Katastrophe und des Zusammenbruchs beträchtlich länger sein könnte, als die Hochrechnungen ergeben, aber es ist keine unbegrenzte Frist. Früher oder später muß man sich dem Problem stellen.

Aber wie soll man sich ihm stellen? Ich will versuchen, eine Antwort zu finden, indem ich einen Aspekt betone, den ich bis jetzt ignoriert habe: das Ausmaß institutioneller Veränderungen, die erforderlich sind, um ein ökologisches Gleichgewicht zu erreichen. Im Mittelpunkt dieser Veränderungen wird sicherlich die Ausdehnung der öffentlichen Kontrolle stehen, die alles, was man bis jetzt im sozialistischen oder kapitalistischen Westen kennt, weit übersteigen wird. Um eine stabile Umwelt zu erreichen, müssen die Befugnisse der Regierung notwendigerweise auf die Familiengröße, Verbrauchsgewohnheiten und natürlich auf die Menge und die Zusammensetzung industrieller und landwirtschaftlicher Produktion ausgedehnt werden. In einem Wort: der gesellschaftliche Preis für eine ökologische Kontrolle ist die ungeheure Erweiterung des Einflßbereiches der Exekutive, deren Aufgabe es sein wird, bei jedem einzelnen ein auf ein Nullwachstum ausgerichtetes Verhalten zu erzwingen, von dem unsere kollektive Sicherheit auf Weltebene abhängt. Hier ist es, wo mein ‚Drehbuch‘ am auffallendsten von dem der Autoren der „Grenzen“ und des „Blueprint“ und der Wachstumsgegner allgemein abweicht. Obwohl ich optimistischer als sie über die technologischen Möglichkeiten, industrielles Wachstum über eine beträchtliche

Zeit fortzusetzen, denke, bin ich weit pessimistischer, was die Leichtigkeit angeht, mit der gesellschaftliche Strukturen gewandelt werden können<sup>4)</sup>. Im Westen z. B. bedeutet die eventuelle Notwendigkeit eines stabilisierten Produktionsausstoßes (ganz abgesehen von den anderen regulierenden Eingriffen, die vielleicht erforderlich sind) das Ende der gedankenlos sich selbst vergrößernden Gesellschaft, wie wir sie kennen. Ob der Kapitalismus sich auf die Spannungen eines solchen statischen Zustandes, in dem das Wachstum nicht länger den Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts mäßigt, einstellen kann, ist eine strittige Frage. Wenn etwas, das man Kapitalismus nennt, überlebt, wird es sicherlich in eine ganz andere Form gegossen sein als heute.

Auch für die sozialistischen Industrienationen ist die Aussicht nicht rosig. Ministerien und Behörden finden das Ethos des Wachstums ebenso anregend wie gesellschaftlich nützlich und werden sich von den Beschränkungen eines Zustandes ohne Wachstum viel stärker eingeengt fühlen als von denen eines expandierenden. Hier würde sogar an den Fundamenten des Sozialismus gerüttelt, der immer einen Zustand des „Überflusses“ als Vorbedingung für die Einführung einer „wahren“ kommunistischen Gesellschaft angesehen hat. Unter dem Zwang ökologischer Schranken, die nicht ohne Gefahr durchbrochen werden können, muß diese ideologische Prämisse fallen gelassen und die Institutionen und der Leistungsanreiz des wahren Kommunismus neu überdacht werden.

Aber wen kümmert es noch im Hinblick auf eine größtmögliche Sicherung unserer Umwelt, ob die Formen des heutigen Kapitalismus oder Sozialismus verschwinden? Viel ernüchternder ist vielmehr folgende Frage: Ob man mit der weltweiten Forderung nach Umweltschutz und Erhaltung der Rohstoffquellen die eifersüchtig gehüteten Grenzen „nationaler Interessen“ durchdringen kann oder ob sie an

<sup>4)</sup> Die Autoren des „Blueprint“ beschreiben tatsächlich ein im Gleichgewicht befindliches System, in dem die ökologische Sicherheit durch sorgfältig geplante kleine ländliche Gemeinden gewährleistet wird. Wie alle Utopien ist es zwar eine Freude, sie zu betrachten. Aber leider enthält sie — wie alle Utopien — nicht ein Wort darüber, wie wir von dort, wo wir sind, dahin kommen können, wo wir eigentlich sein sollten.

ihnen scheitern werden. Wir müssen uns wirklich fragen, ob das Näherrücken der ökologischen Katastrophe die Menschen zu einer gerechteren Verteilung der Lebensgüter ermutigen oder ob es nur dazu dienen wird, die begünstigten Nationen in ihrem Entschluß zu bestärken, ihren eigenen Wohlstand auf Kosten der übrigen zu erhalten.

So ist das ökologische Problem tatsächlich von grundlegender Bedeutung — aber auf eine andere Weise, als die Anti-Wachstums-Wissenschaftler es betonen. Grundsätzlich schließt auch der Zusammenhang von exponentiellem Wachstum und begrenztem Umweltraum technologische Probleme ein, die man im Laufe der Zeit lösen — oder nicht lösen — wird. Viel drängender aber ist das Problem der sozialen Veränderungen, mit denen unsere Generation beginnen und die die kommende Generation fortführen muß. Das „fundamentale“ Problem ist deshalb genauso ein soziales wie ein technisches, und während ich einige Gründe für eine optimistische Betrachtung unserer technischen Fähigkeiten zur Anpassung aufgezeigt habe, bin ich keineswegs so zuversichtlich, daß wir es schaffen werden, die notwendigen sozialen und institutionellen Veränderungen schon bald herbeizuführen.

Aber gerade diese Tatsache könnte uns helfen, die Frage zu beantworten, mit der wir begonnen haben und mit der wir jetzt aufhören: Wie soll man sich der Herausforderung durch die Probleme der Umwelt stellen? Denn es ist eindeutig mehr erforderlich als nur eine

Haltung der „Distanz und ausgewogenen Würdigung“, von der ich oben gesprochen habe. Dieses zusätzliche Element ist die Förderung und allgemeine Verbreitung einer veränderten Einstellung zur Umwelt — ja, zum Leben selbst: Eine Einstellung, die sich stützt auf ein ganz neues Bewußtsein der Zerbrechlichkeit unseres Planeten in seiner lebenserhaltenden Funktion.

Wie ich betont habe, wäre es nicht weise, zu erwarten, daß ein solcher Wandel in der Einstellung sich angesichts der Bedürfnisse, der Wünsche und der institutionellen Trägheit unserer Zeit schnell vollziehen werde. Trotzdem kann ein Anfang gemacht werden — ja, er ist bereits gemacht durch eben die Argumente, die wir in diesem Aufsatz betrachtet haben. Dadurch, daß wir erkennen, daß es ein ernsthaftes Umweltproblem, von dessen Existenz wir bis jetzt nichts ahnten, gibt, sehen wir die menschliche Zukunft mit neuen Augen und werden uns unserer Verantwortung bewußt, dafür zu sorgen, daß es eine menschliche Zukunft geben wird. Es ist unwahrscheinlich, daß unsere Generation die technischen Schwierigkeiten überwinden wird, wodurch die unbeschränkte Lebensfähigkeit unseres Planeten garantiert würde, und sie wird sicher nicht die sozialen Probleme bewältigen, die unlösbar mit dem Überleben der Menschheit verknüpft sind. Aber indem wir erstaunt erkennen, daß ein drängendes Umweltproblem existiert, können wir den Boden bereiten für entscheidendere Aktionen kommender Generationen.

## **Willy Strzelewicz: Aktuelle Probleme der politischen Bildung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/73, S. 3—9

In der politischen Bildung wird das Bekenntnis zu den Wertungen und Verfahrensweisen der Demokratie — also ein Stück „Affirmation“ und nicht nur totale „Kritik“ — an allem Bestehenden vorausgesetzt. Das muß auch bei den aktuellen Auseinandersetzungen mit radikalen Strömungen „linker“ oder „rechter“ Prägung in Erinnerung behalten werden. Wenn politische Bildung in Anknüpfung an frühere Zeiten der anhebenden Demokratisierung als „emanzipiert“ bezeichnet wird, so schließt das nicht aus, sowohl „konservative“ wie „progressive“ Strömungen zu Wort kommen und sich in der kritischen Überprüfung ihrer eigenen Standpunkte artikulieren zu lassen. Unter diesen Voraussetzungen hatte politische Bildung auch für konservative Richtungen einen „emanzipierenden“, d. h. einen von blinder Autoritätsgläubigkeit „befreienden“ Effekt. Wenn politische Bildung auch breitere Bevölkerungsgruppen erreichen will, dann muß die Trennung zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung und politischer Bildung aufgehoben werden und politische Bildung als konstituierendes Element in jede berufliche Ausbildung eingehen, an der breitere Gruppen beteiligt sind.

## **Lutz Köllner: Wirtschaftswissenschaft oder „politische Ökonomie“?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/73, S. 10—27

Wirtschaftswissenschaft und politische Ökonomie haben in Deutschland und in der angelsächsischen Welt verschiedene Wurzeln, da sie in unterschiedlicher Form und Intensität auf die überlieferte Gesellschafts- und Staatsphilosophie zurückgreifen. Eine Sonderstellung nimmt die neumarxistische politische Ökonomie ein. Ihre Auffächerung in eine Reihe verschiedener Erscheinungsformen hat zweifellos das Marx- und Marxismusverständnis in jüngster Zeit eher erschwert als erleichtert.

Zu den bevorzugten Streitpunkten zwischen marxistischen und nichtmarxistischen politischen Ökonomen gehören der gegenseitige Ideologievorwurf und der — freilich unterschiedlich interpretierte — Rationalitätsbegriff. In der Bundesrepublik haben sich im vergangenen Jahrzehnt neue methodische Ansatzpunkte für eine politische Ökonomie herausgebildet, die die jeweils gewählten Denkansätze mitdiskutiert. Von dieser Position aus bieten sich verbesserte Möglichkeiten zu einer kritischen Weiterentwicklung der überlieferten Wirtschaftswissenschaft; zugleich verleiht die erhöhte Flexibilität im heutigen sozialwissenschaftlichen Denken einer modernen politischen Ökonomie einen deutlichen Vorsprung vor der orthodoxen und auch vor der weniger dogmatischen neomarxistischen politischen Ökonomie. Das erweist sich auch an einer Analyse der zentralen Gegenstände der marxistischen politischen Ökonomie. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Systemtheorie, die es erlaubt, ökonomische und politische Zustände in neuer, interdisziplinärer Zuordnung zu analysieren.

Gerade im Blickfeld neuer methodischer Verfahren der politischen Ökonomie zeigt sich der orthodoxe Marxismus als ein unzulässig verallgemeinerndes kapitalismus-kritisches Lehrsystem, das seine Ansätze noch immer vornehmlich aus der industriellen Frühzeit bezieht.

## **Robert L. Heilbroner: Wachstum und Überleben**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/73, S. 28—37

Der Verfasser wendet sich in seinem Beitrag gegen die in den beiden Studien „A Blueprint for Survival“ und „Grenzen des Wachstums“ erhobene Forderung nach einem alsbaldigen globalen Stopp des industriellen Wachstums. Er erhebt folgende Einwendungen gegen die genannten Studien:

- Die den angenommenen exponentiellen Entwicklungen zugrunde liegenden Fakten bedürfen einer Überprüfung, besonders was die Rohstoffvorkommen angeht.
- Der technische Fortschritt und die „Lernfähigkeit“ des technischen Systems sind ungenügend berücksichtigt worden.
- Eine Gesellschaft mit einem industriellen Nullwachstum muß nicht unbedingt eine Gesellschaft im ökologischen Gleichgewicht sein.
- Programme für die Zukunft sollten sich nicht prinzipiell gegen industrielles Wachstum wenden, sondern gegen umweltzerstörendes Wachstum.

Der Verfasser stimmt mit den Autoren der beiden Studien darin überein, daß es sich hier nicht nur primär um ein „Zurückdrängen der Zeitgrenze“ vor einem zu erwartenden Chaos handeln könne, sondern um eine grundsätzliche Veränderungen der Einstellung des Menschen zu seiner Umwelt. Da jedoch nicht anzunehmen sei, daß sich das menschliche Verhalten in absehbarer Zeit entscheidend verändern könne — und hier ist der Verfasser skeptischer als die Autoren —, werden zahlreiche einschneidende institutionelle Maßnahmen notwendig sein. Diese erforderlichen exekutiven Regelungen werden für die gesellschaftliche Entwicklung entscheidender sein als die bestehenden Gegensätze zwischen den östlichen und westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassungen.